

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 Veretzel- und Herausstellungs-Anzeigen,
 sowie Werbemerkmal 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Donnerstag, den 30. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. Juli 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt.“
 Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Teil
 des Romans:
„Um die Freiheit“
 Von Robert Schweißel
 wird neuereintretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.
 Wir ersuchen unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen um
 eifrige Mitarbeit zur Heranziehung neuer Leser des „Vorwärts“
 und damit neuer Kämpfer für unsere Partei.
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere
 Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen
 Preise von
1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements
 zum Preise von
3 Mark 30 Pfennigen
für die Monate Juli, August und September
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 für 1898 unter Nummer 7576.)
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

Der Vormarsch der Sozialdemokratie.

Rund 2125 000 Stimmen hat die Wahl am 16. Juni unserer Partei gebracht. Die Zahl ist allerdings noch keine endgültige, da uns die amtlichen Ermittlungen aus einer Anzahl von Wahlkreisen noch nicht vorliegen, doch kann es sich nur um eine geringe Abweichung nach oben oder nach unten handeln.
 2 1/2 Millionen Stimmen! Das ist ein Erfolg, wie er größer nicht erwartet werden konnte. Nach dem gewaltigen Vorstoß von 1890, in dem wir unsere Stimmzahl fast verdoppelten, von 763 128 im Jahre 1887 auf 1 427 298, da glaubte man ziemlich allgemein, die Partei würde Mühe haben, die errungene glänzende Position bei der nächsten Wahl einigermaßen zu behaupten. Statt dessen ergab sich 1893 ein neuer gewaltiger Stimmzuwachs von fast 360 000 Stimmen; unsere Partei, die bereits 1890 die stärkste des Deutschen Reiches geworden war, indem sie rund 850 000 Stimmen mehr erzielte als die Zentrumspartei, unsere Partei übertrug jetzt mit ihrer 1 788 738 Stimmen so weitans alle übrigen, daß man sicher sein konnte, ihr würde der erste Platz nicht wieder entrisen werden können; war doch die Zentrumspartei um mehr als 318 000 Stimmen hinter uns zurückgeblieben!
 Auch diesmal wurden nur in unseren Reihen wieder Stimmen laut, die da meinten, daß nach den beiden letzten gewaltigen Vorstößen auf eine erhebliche Zunahme nicht zu rechnen sei und daß man schon als einen Erfolg betrachten müsse, wenn es gelänge, die Position im allgemeinen zu behaupten. Und nun dieser neue Riesenerfolg! Eine neue Stimmzunahme von gegen 340 000, von über 1/2 Million! Eine Vermehrung der Stimmen um 19 pGt., um fast ein Fünftel! Was will dem gegenüber der Verlust einiger Mandate sagen, die wir früher durch die Uneinigkeit unserer Gegner gewonnen hatten und die wir nun, nachdem die edlen Seelen sich mit richtigem kapitalistischen Instinkt zu einer wenig reichlichen Gemeinschaft zusammgefunden, verloren haben! Daß unsere Gegner sich an solche ganz unwesentlichen Dinge klammern, ist der beste Beweis dafür, wie ihnen der Schreck über unseren großen Erfolg in die Glieder gefahren ist. Unser Vormarsch ist unaufhaltsam, und mit der Freude über unseren großen Sieg beginnt auch sofort wieder die Arbeit für die nächste Schlacht!
 Wenn wir den Wahlausfall im einzelnen betrachten, so fallen vor allen Dingen zwei hochbedeutende Erscheinungen ins Auge, zwei Erscheinungen, die für die künftige Entwicklung unserer Partei von der allergrößten Bedeutung sein werden. Das sind unsere alle Erwartungen weit hinter sich lassenden Erfolge in Ostpreußen und in Oberschlesien. In Ostpreußen, dieser konservativen Domäne, wo noch 1890 in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen überhaupt keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben worden sind, hat sich unsere Stimmzahl in einer Weise vermehrt, daß wir bei der nächsten Wahl ernstlich an die Eroberung einiger, im wesentlichen rein ländlicher Kreise denken können. Wenn wir die einzige Großstadt der Provinz, das selbstverständlich sozialdemokratische Königsberg, außer Acht lassen, ergibt sich folgende rapide Entwicklung unserer Stellung in Ostpreußen:
 1890: 5 700 Stimmen,
 1893: 12 400 „
 1898: 30 300 „
 Wir haben also diesmal das Zweieinhalbfache unserer letzten Stimmzahl erzielt. U. a. vermehrten sich unsere Stimmen seit 1893 in Rastenburg-Gerdauen-Friedland von

660 auf 3178, in Labiau-Beblau von 1392 auf 4212, in Raguit-Birkallen, dem Standort der gestürzten Strohdächer des Grafen Raniß, wo 1890 keine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde, von 225 auf 3540. Auch die konservativen Domänen in Pommern und Brandenburg sind mit steigendem Erfolge berannt worden. Das ist ein wichtiger Fingerzeig für die künftige Agitation. Nur hinaus aufs Land und die Reaktionen am Lebensnerv gepackt! Die antilokalistischen Bauernschädel sind doch nicht dick genug, um sich nicht schließlich unseren Lehren zu öffnen, und die Zeit ist gekommen, wo sich auch die Landbewohner in Masse dem siegreich vordringenden Heere der Sozialdemokratie anschließen und es unwiderstehlich machen.
 Vielleicht noch größer als in Ostpreußen ist unser Erfolg in Oberschlesien gegen das Zentrum. Leider ist das vorliegende Zahlenmaterial hier am lüdenhaftesten, so daß zahlenmäßige Vergleiche schwer zu ziehen sind. Aber so viel steht fest, daß sich unsere Stimmen dort vervielfacht haben. In Stettowig-Jabrze zum Beispiel stiegen sie von 664 auf 982! Hier ist es uns also gelungen, das Zentrum in einer Weise anzufassen, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Die Zentrums-Propaganda verhält sich auch sehr still über diese fatale Tatsache und sucht ihren Schreck hinter dem Jubel darüber zu verstecken, daß wir in seinen Domänen in Bayern und am Rhein keine wesentlichen Fortschritte gemacht haben. Dieses letztere ist leider wahr, wir haben sogar in einer Reihe von Wahlkreisen dort empfindliche Rückschläge gegen die letzte Wahl zu verzeichnen. Wir sind die letzten, die das vertuschen wollen. Im Gegenteile! Unsere Genossen in Bayern und am Rhein wissen das sehr wohl und werden auszuweichen, die Scharte bei nächster Gelegenheit wieder auszuweichen. Wenn aber die Zentrumspropaganda daraus folgern will, daß die sozialdemokratische Sturmflut sich an den Mauern des Zentrumssturms ohnmächtig breche, so ist das angesichts des ober-schlesischen Wahlergebnisses einfach eine Albernheit. In Oberschlesien haben wir dem schon langen morschen Zentrumssturm jetzt einen gehörigen Stoß gegeben, und unsere Genossen in den anderen Domänen des Zentrums werden es sich nicht entgehen lassen, bei nächster Gelegenheit in die Fußstapfen ihrer ober-schlesischen Vorbilder zu treten.
 Als besonders erfreulich und bedeutsam sind noch unsere Fortschritte in der freisinnigen Domäne in Niederschlesien, in Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und Mecklenburg zu bezeichnen.
 Einen, allerdings nur unwesentlichen Rückschlag hat unsere Partei nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen von allen Bundesstaaten nur in Braunschweig erfahren; und zwar ist das wohl die Folge der allgemeinen geringeren Wahlbeteiligung. Doch haben wir aber gerade hier einen schönen Stichwahlzug in Holzminde errungen. Unsere Stimmzahl in den übrigen Bundesstaaten hat sich durchweg erhöht. In Essaf-Vothringen gewannen wir etwa 4000 Stimmen, haben allerdings in einzelnen Kreisen auch Rückschläge gegenüber den gerade hier gewaltigen Erfolgen von 1893 zu verzeichnen; die freien Städte brachten uns einen Zuwachs von rund 18 000 Stimmen, die beiden Neuf von 1000, die beiden Schwarzburg von über 1000, Anhalt von fast 6000, die drei sächsischen Herzogtümer 3500, Oldenburg 1500, Großherzogtum Weimar 5000, die beiden Mecklenburg 14 500, Hessen 11 000, Baden 13 000 Stimmen. In den drei Königreichen Bayern, Sachsen und Württemberg erhöhte sich unsere Stimmzahl um 11 500, bezw. 28 500, bezw. 20 000. Das Königreich Preußen hat ein Mehr von etwa 200 000 Stimmen gebracht; davon entfallen auf Ostpreußen ungefähr 20 000, auf Berlin nur 4000, auf Provinz Brandenburg 35 000, auf Pommern 3000, auf Bezirk Breslau 7000, auf Bezirk Liegnitz 13 000, auf Provinz Sachsen 25 000, auf Schleswig-Holstein 6000, auf Hannover 16 000, auf Westfalen 14 000, auf Hessen-Nassau 15 000, und auf die Rheinprovinz etwa 12 500 Stimmen.
 Also überall, aber auch überall ein Fortschritt, ein unaufhaltsamer Vormarsch! So ist es früher gewesen, so war es diesmal, und so wird es auch in Zukunft sein, unseren Gegnern zum Entsetzen und der der Erlösung vom kapitalistischen Drucke harrenden Menschheit zum Segen und Heil!

Politische Uebersicht.

Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie sendet uns die folgende Beglückwünschung:
 Im glorreichen Wahlkampf hat die Sozialdemokratie Deutschlands, ihre Stimmzahl im Lande immermehr vermehrend, den Ansturm aller vereinigten Gegner trotzend, wieder einmal gezeigt, daß sie an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung marschirt. Glückauf zur Ausübung ihrer Siege über die internationale Reaktion.
 Die tschechischen Genossen in Brünn senden uns „ein stürmisches Hoch“ zu unseren Siegen. —
 Die „Leipziger Zeitung“ und das Wahlrecht. Das offiziöse Organ der sächsischen Regierung macht ihrem ob des Ausgangs der Reichstagswahlen schwer bekümmerten Herzen

alltäglich Luft durch heftige Ausfälle gegen das Reichstags-Wahlrecht. Diese Tiraden sind recht öde und wohl auch im Augenblick nicht von politischer Bedeutung. Trotzdem verdienen sie vollzählig verzeichnet zu werden. Sie zeigen, was an den Ablehnungen vor der Wahl, als ob niemand das Reichstags-Wahlrecht antasten wolle, wahres war und was von den Konservativen zu erwarten ist, wenn sie die uneingeschränkte Macht in Händen hätten. Die „Leipziger Jtg.“ schreibt:
 „Das abermalige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen erklärt sich einfach genug. Unter der Herrschaft eines Wahlrechts, das zum höchsten Richter über die Geschichte des Staats die vielföpfige Menge macht, das der Stimme des Besitz- und urteillosen Schwägers dasselbe Gewicht einräumt, wie dem gereiften Urtheil des erfahrenen, gebildeten Mannes, der mit allen Facetten seiner Existenz und seines Denkens am Vaterlande hängt, ist ein anderer Ausgang kaum möglich. Wer über die kräftigste Lunge und die größten Schimpfworte verfügt, wer der Menge am besten zu schmeicheln und sie am geschicktesten zu belügen versteht, wird von vornherein die größere Kopfzahl für sich haben. Je länger ein solches Wahlrecht zu kraft besteht, um so sicherer wird es diesen Erfolg haben. Angeekelt von diesem demagogischen Treiben ziehen sich die besseren Kräfte und feinfühligere Naturen mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben zurück. Erregt nicht eine ungewöhnliche, von außen her drohende Gefahr das Volk bis in seine untersten Tiefen, so gehört der Erfolg, je älter die Reichs-institutionen und mit ihnen das allgemeine Wahlrecht werden, um so sicherer den Schreibern, die mit ihrer minderwertigen Raute den Markt beherrschen und die niederen Massen bei ihren unedelsten Instinkten zu paden verstehen. Nicht über ihren jüngsten Erfolg hat man sich daher zu wundern, sondern darüber, daß er nicht größer ist. Was sonst zur Erklärung des sozialdemokratischen Erfolges gesagt wird, beweist nur, wie groß noch in unserem gebildeten, von der liberalen Presse beherrschten Bürgerthum die Scham ist, sich offen zu dieser Anschauung, die sie innerlich schon längst theilen, zu bekennen.“
 Derartige Kennerungen offenbaren den ganzen frechen Dünkel unserer „Gebildeten und Besessenen“. Wer keinen Besitz hat, ist ein urtheilsloser Schwäger. Die Besessenen sind die einzig politische Mächte. Ihnen gebührt die Herrschaft über den hungemden, unwissenden Pöbel von Ewigkeit zu Ewigkeit.
 Wenn es so ohne weiteres richtig wäre, daß die kräftigste Lunge und das größte Schimpfwort die größere Kopfzahl gewinnen würde, wie die „Leipziger Zeitung“ sagt, dann hätten die Radau-Anhänger der konservativen Partei, die schreienden Bündler und die wüth larmenden Antisemiten, ganz anders bei der letzten Wahl abschnneiden müssen, als sie abgeschnitten haben. Thatsächlich ist die deutsche Wählerschaft, obwohl sie erst seit kurzen Jahrzehnten sich politisch bethätigen kann, zu anschlüssiger politischer Reife und Befähigung herangebildet worden. Wenn noch manches zu wünschen übrig bleibt, so liegt die Schuld gerade bei den bisher maßgebenden Parteien, die sich nicht um die Aufklärung gekümmert haben und sich nicht darum kümmern konnten, da sie durch die politische Rückständigkeit des Volkes allein zu existiren vermögen.
 Früher war das allgemeine und gleiche Wahlrecht gut. So lange nämlich die Massen schliefen und konservativ wählten. Da sie erwacht sind und immer mehr das konservative Joch abschütteln, soll das Wahlrecht nun nichts mehr taugen; seitdem haben die Wähler den politischen Verstand verloren und lassen sich durch Lüge und Schmeichelei betören. Nur die Besessenen noch haben politische Bildung und Fähigkeit, an den Aufgaben der Gesetzgebung zu wirken.
 Widerwärtiger kann die Hofart der hohen Bureaukratie und ihrer kapitalistischen Pflanzlinge nicht zu Tage treten.
 Uebrigens sind wir neugierig, wie dem Reichstags-Abgeordneten für Leipzig, dem Professor Dasse, seine feinen Wähler die obigen Auslassungen der „Leipz. Jtg.“ gefallen möchten. Herr Dasse hat ja in Leipzig die größere Kopfzahl für sich. Nach der „Leipz. Jtg.“ hat er am geschicktesten gekünstelt und geschmeichelt, ist er der Schreiber, der an die ur-edelsten Instinkte appellirte, und die „vielföpfige Menge“ seiner Wähler ist urtheilslos und unreif.
 Das Bismarck-Reptil und das Sozialistengesetz. Der Berliner Korrespondent der „Hanib. Nachr.“ versucht nochmals, gegenüber unserer neulichen Zurückweisung, die Wiedereinführung eines Sozialistengesetzes als Mittel zur Zurückdrängung der Sozialdemokratie anzupreisen. Er betont das kolossale Anwachsen der Sozialdemokratie nach dem Falllassen des Sozialistengesetzes und erwidert auf unsere Aufforderung, sich an das Wachsen der Sozialdemokratie von 1887 bis 1890 zu erinnern, folgendes:
 „Wenn dem gegenüber auf die Entwicklung von 1887 bis 1890 hingewiesen wird, so ist zu betonen, daß die Wirkung eines Gesetzes nicht erst mit seinem formellen Ablaufstermin aufhört, sondern mit dem Tage, an welchem die Volltreder des Gesetzes das Falllassen in Aussicht nehmen.“
 Aber der sozialistengesetzenthätige Korrespondent der „Hamburger Nachrichten“ ist garnicht im Stande zu behaupten, ob die Stimmzahl der Sozialdemokratie bei der Wahl von 1890 nicht ebenso groß oder noch größer gewesen wäre, wenn die Beibehaltung des Sozialistengesetzes außer Zweifel gestanden hätte. Er muß auch wissen, daß eine Erneuerung des Sozialistengesetzes im Februar 1890 durchaus noch nicht ausgeschlossen gewesen ist. Wäre die damalige Wahl günstig für die Regierung und im Sinne der Freunde von Ausnahmegesetzen ausgefallen, so wäre selbstverständlich ein solches Gesetz noch zu Stande gekommen. Es ist kein Zweifel, daß gerade infolge des Sozialistengesetzes und um

Dies Gesetz endgültig zu begraben, überaus zahlreiche Wähler 1890 für die Sozialdemokratie stimmten.

Aber wenn dem Herrn Korrespondenten dies alles nicht genügt, um die Ayrigkeit seiner hohen Meinung vom Werthe eines Ausnahmegesetzes zu erweisen, so mag er die Entwicklung der Sozialdemokratie in den Wahlperioden vor 1887 betrachten. 1881 erhielt die Sozialdemokratie 311 961 Stimmen, 1884 bereits 549 990 Stimmen, also ein Zuwachs von 238 029 Stimmen. Von 1884 bis 1887 stieg unsere Partei von 549 990 auf 763 128 Stimmen, d. h. wiederum um 213 138 Stimmen in den Jahren, wo das Sozialistengesetz in aller Schärfe auf ihr lastete. Damit ver gleiche der Herr Korrespondent den Gewinn unserer Partei bei der letzten Wahl. Nach ungefähre Schätzung erhielten wir jetzt 2 100 000 Stimmen gegen 1 786 788 Stimmen im Jahre 1893. Das ist ein Zuwachs um 323 266 Stimmen. Da in den 80er Jahren die Wahl von 3 zu 3 Jahren stattfand, jetzt aber 5 Jahre seit der vorigen Wahl vergangen sind, kommt der Stimmengewinn unter dem Sozialistengesetz ungefähr dem Zuwachs in der Zeit nach dem Gesetz gleich. Prozentual betrachtet aber ist der Zuwachs unter dem Sozialistengesetz sogar außerordentlich viel größer gewesen, wenn wir die Ursachen bei dieser Gelegenheit nicht zu untersuchen haben.

Jedenfalls beweisen alle Thatsachen, daß der Mitarbeiter der „Hamb. Nachr.“ völlig im Irrthum ist. Es bleibt unwiderlegt bei unserer Behauptung: die Sozialdemokratie gedeiht mit Ausnahmegegesetz — wie ohne Ausnahmegegesetz. Der Unterschied ist nur, daß ohne brutale Gewaltgesetze sich die Entwicklung weit friedlicher, maßvoller vollzieht.

Die vorbildeten „Umstürzler von oben“, die in den „Hamburger Nachrichten“ ihr Wesen treiben, beabsichtigen aber, durch Vernichtung der Volksrechte die Erbitterung und Verzweiflung so weit zu treiben, daß es zu gewaltsamen Ausbrüchen des Volkszorns kommt. Diese hoffen sie mit Säbel und Plinte niederzuwerfen und so noch ein Weilschen länger ihre Privilegien und ihre Ausbeutungsherrschaft zu erhalten. Thatsächlich aber würden sie damit ihren Untergang nur beschleunigen. Und dann würde es allerdings ein Untergang mit Schrecken sein!

Die paar Wahlkrawalle möchten die Offiziösen gerne gegen die Sozialdemokratie ausbeuten. Es sind zu viele einwandfreie Zeugnisse vorhanden, die den Erfolg eines solchen Beginns verhindern müssen. Daß die Sozialdemokratie gar kein Interesse an solchen Vorgängen haben kann, daß sie diese Krawalle verurtheilt, daß ihre Vertreter in Viegny wie in Heilbronn zur Ruhe gemahnt haben, weiß jedermann. Aber selbst wenn die offiziösen Darstellungen so richtig wären, wie sie falsch sind, würden sie gar nichts beweisen. Es giebt und nicht zum mindesten dank der wohldisziplinierten Sozialdemokratie kein Land, etwa die Schweiz ausgenommen, in dem die Wahlen sich in solcher Ruhe bei lebhaftester Theilnahme der Bevölkerung abspielen, als gerade das Deutsche Reich. Wir wollen von Ländern wie Bulgarien, Serbien und Rumänien, wo es bei jeder Wahl förmliche Schlachten giebt, ganz absehen, aber ein Blick auf Ungarn, auf ein Land, das ja gerade vom deutschen Kaiser in einem Trinkspruche so sehr gefeiert wurde, ist interessant. Dort überflutheten die Zeitungen während der Wahlzeit, die sich auf mehrere Wochen erstreckt, täglich Bußfests, in denen Todte und Verwundete registriert werden. Und doch besitzt dieses Junkerthum weder das allgemeine, noch das gleiche, noch das geheime Wahlrecht. Auch in Oesterreich giebt es bei den Wahlen heftige Zusammenstöße, infolge deren schon oft das Staatsrecht proklamiert wurde. Selbst die alte Heimath des Parlamentarismus, England, ist nie frei von Wahlunruhen gewesen, in Irland gab es häufig bei den Wahlen förmliche Schlachten zwischen den sich beherrschenden Parteien und mit der bewaffneten Macht. Ähnliche Erscheinungen haben häufig die Wahlen in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien gezeitigt. Wir wiederholen, daß wir jede Störung der Ruhe bei den Wahlen bedauern und daß wir stolz darauf sind, daß im Deutschen Reiche sich eine Wahlhandlung, die 11 Millionen Bürger direkt und die ganze Bevölkerung indirekt berührt, so musterhaft von Seiten der Wähler vollzieht; aber der Hinweis auf die Wahlvorgänge in anderen Ländern zeigt, daß die Heilbronner und Viegnyer Affären, so freudige Ereignisse sie auch für die Scharfmacher sein mögen, doch zu lächerlich unbedeutend sind, um sie politisch fruktifizieren zu können.

Deutsches Reich.

Das blamable Intrigenpiel, wie es durch den Prozeß der Ledert und Litow entblüht wurde, soll von neuem zwischen den höchsten Staatsämtern im Gange sein. Von dem Brief des Reichslänglers an den Prinzen Carolath einerseits und dem Posadowsky'schen Wahlbrief andererseits nimmt das Intrigenpiel seinen Ausgang. Der Wahlbrief des Grafen Posadowsky, der die „Sammelpolitik“ bekanntlich eher geschädigt als gefördert hat, soll im abthätlichen Gegensatz zum Reichslängler geschrieben worden sein, ja es soll sich, wie die „Tägliche Rundschau“ wissen will, um einen „von langer Hand vorbereiteten Vorgezug“ gehandelt haben, „für den man vorsichtigerweise eine vorherige Dedung an Allerhöchster Stelle zu schaffen be müht gewesen ist.“ Ferner werden die Auslassungen der „Kreuzzeitung“ und der „Nord. Allg. Ztg.“ nach dem Bekanntwerden jener Briefe als „politisches Schachspiel“ bezeichnet.

Wer von den Mitgliedern der Regierung infolge dieser neuen Zettelungen Platz machen und den Caprivi, Marischal, Witticher nachfolgen wird, wer kann es sagen? Jedenfalls geben diese Vorkommen wiederum ein wunderliebtes Bild von der „Einigkeit“ innerhalb der gegenwärtigen Regierung.

Der preussische Fiskus als Mitglied eines Kartells. Während in den Vereinigten Staaten von Amerika und in anderen Ländern Gesetze gegen die wirtschaftlichen Kartelle existieren, in Oesterreich und in Ungarn dahingehende Gesetzentwürfe vorliegen, zeigt der preussische Staat, diese Stufe des Mittelstandes, nicht bloß alles Wohlwollen diesen Gebilden der höchsten Kapitalakkumulation, nein, er ist an denselben direkt theilhaftig, so z. B. am Stalkindisat. Hierüber theilt das Wolff'sche Bureau heute folgendes mit:

Wie die „Magdeburgische Ztg.“ hört, sind in der heute Vormittag in Halle abgehaltenen Konferenz der Mitglieder des Stalkindisats die Verhandlungen der Anhaltischen Regierung dadurch ausgeglichen worden, daß das preussische Fiskalwerk in Gruppe I und II je 3 Tausendstel und Privatwerte in Gruppe III 7 Tausendstel von ihren Antheilen an Anhalt abgeben. Das Anhaltische Fiskalwerk wird danach an Gruppe I und II mit je 119 Tausendstel, an Gruppe III mit 120 Tausendstel und an Gruppe IV mit 110 Tausendstel theilhaftig sein.

Die Konzentration aller Zweige der Polizei in den Berliner Vororten unter das hiesige Polizeipräsidium soll Gegenstand einer Vorlage sein, die dem Landtage in seiner nächsten Session zu gehen soll.

Eine Disziplinar-Untersuchung aus Anlaß des Wahlkampfes soll gegen den früheren Reichstags-Abgeordneten Professor Dr. Paul

Förster, der im Wahlkreis Neu-Stettin aufgestellt war, aber gegen den konservativen Landrath v. Bonin unterlag, eingeleitet werden. Der im Kreise anständige Herr v. Deryberg aus Cottin, Mitglied des preussischen Herrenhauses, richtete folgendes Schreiben an Professor Förster:

Selbstverständlich kann mich ein antisozialistischer Sozialdemokrat nicht beleidigen. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, als ständiger von Sr. Majestät dem Kaiser berufener Vertreter des Volkes im preussischen Landtage unsere königstreue friedliche Bevölkerung vor dem Ansturz zu bewahren, und werde ich auf Grund Ihres letzten Flugblattes und anderer Äußerungen bei Ihrer vorgelegten Behörde eine Disziplinar-Untersuchung gegen Sie beantragen, da der preussische Staat, wenn er sich nicht aufgeben will, Sozialdemokraten, die mögen sich in der Deffektivität neumen, wie sie wollen, in öffentlichen Werten nicht dulden darf.“

Professor Förster sagte in seiner Antwort auf den Brief u. a., daß er dem Verlauf der Disziplinaruntersuchung folgt und gelassen entgegenstehe. Professor Förster ist selbstverständlich nichts weniger als ein Sozialdemokrat und hat in seinen Reden nur der Schaffung kleinerer bäuerlicher Besitzthümer im Gegensatz zum Großgrundbesitz das Wort geredet. Es ist sehr bezeichnend, daß die preussischen Landlords jeden, der es wagt, irgendwie gegen die Junker aufzutreten, sofort des „Anstuzes“ bezichtigen und als Sozialdemokraten hinstellen. Auch das demagogische Verfahren des Herrenhäuser's ist charakteristisch für unsere ostelbischen Gentlemen. So weit aber auf reaktionären Bahnen, wie der Herr v. Deryberg es wünscht, dürfte selbst das preussische Unterrichtsministerium noch nicht gelangt sein.

Die Beleidigungsklage des suspendierten Redakteurs der „Post“ und Secretärs der konservativen Partei, Karl Fint, gegen unsere Genossen Bebel und Jacoby wurde heute vor dem Schöffengericht verhandelt. In Bezug auf die Einzelheiten verweisen wir unsere Leser auf den ausführlichen Bericht. Wenn auch der Prozeß noch nicht zu Ende geführt ist, so läßt sich doch jetzt schon mit Bestimmtheit sagen, daß das gegen Fint vorgebrachte Material geradezu verächtlich ist. Der Mann, der sich zum Eideshelfer von Ehrenpfeiler aufgeworfen hat, ist in den Augen jedes anständigen Menschen gerichtet. Die Stimm- und Stimmesgenossen haben nun einmal kein Glück mit ihren Söldlingen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Und daß Herr Fint selbst schon nicht mehr daran glaubt, sich noch einmal vor der Welt reinzuwaschen zu können, das hat die heutige Verhandlung zur genüge bewiesen. Widerlegte er sich doch frampfhaft den Anträgen der Angeklagten auf weitere Beweiserhebung, obgleich der Vorsitzende ihm sehr nahe legte, daß er alle Veranlassung habe, sich rehabilitieren! Aber Herr Fint weiß nur zu gut, daß ihm dies niemals gelingen wird.

Die Ausschreitungen in Heilbronn, die in der von Hegelmeier bedienten Heilbronn „Red.-Ztg.“ und von dem altbekannten Welfenbonds-Rostgänger Treiber am Süddeutschen Korrespondenzbureau mit aller Gewalt als geplante sozialistische Gewaltthatigkeiten dargestellt werden sollen, enthalten sich immer mehr als aufgebauerte, ziemlich harmlose Ansammlungen, die erst durch das unverständliche Eingreifen des neuen Reichstags-Abgeordneten Hegelmaier sich zu einem Tumulte ausweiteten. Selbst der „Schw. Merk.“, der am Montag noch mit groben Worten die ganze Schuld den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben wollte, sieht sich gezwungen, heute zu schreiben: „Viel gestritten wird darüber, ob der Oberbürgermeister bei dem Strammflug gehandelt habe oder nicht.“ Er hat eben nicht klug gehandelt; er, das Objekt des ganzen Anfalls, hat die Leute noch verhöhnt und alle unüberlegten Maßnahmen veranlaßt; das mußte er bei seiner Stellung in Heilbronn unterlassen. Daß er das nicht gethan hat, beweist seine Absicht. Hegelmaier wollte als Staatsretter erscheinen, er hat provozirt und ist der einzig Schuldige der ganzen Ausschreitungen. Die Sozialdemokraten allein waren es, die für Ruhe wirkten. Eine direkte Verdächtigung ist es, daß aus der „Post“, dem Gewerkschaftshaus, mit Steinen geworfen wurde. Ganz ähnlich verhält es sich mit der aufgebauerten „Revolution in Öppingen“. In das deutschparteiliche Lager kamen junge Leute, um das Wahlresultat zu erfahren. Sie wurden hinausgewiesen, drängten nach, und auf sie wurde mit Flaschen geworfen. Das beantworteten sie mit Steinwürfen auf die Fenster. Die Sozialdemokraten waren während dieser Zeit im sozialdemokratischen Vereinslokal und an dem Ausruf und theilhaftig; aber weil es in den „nationalen“ Katechismus jetzt gerade paßt, muß die Sozialdemokratie Schuld an den Unruhen sein.

Junkerthum und Volksbildung. Ein klassisches Zeugniß für die Bildungsfeindschaft der Ostelbier findet sich in der „Deutschschrift“ über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen im Jahre 1890/97, welche vom preussischen Landwirtschafts-Ministerium ausgearbeitet worden ist. Dort heißt es:

Fast mehr noch als die großbäuerlichen Kreise stehen die größeren Landwirthe und Großgrundbesitzer dem ländlichen Fortbildungsschulwesen ablehnend gegenüber. Ihnen fehlt selbstverständlich ein höherem Maße ein unmittelbares Interesse an dem Fortbildungsschulunterricht, der für die eigenen Söhne gar nicht in Betracht kommen kann; andere Gründe mehr grundsätzlicher Art führen sie zu einer der Fortbildungsschule häufig selbst feindlichen Stellungnahme. Dies ist besonders in den östlichen Theilen der Monarchie der Fall, wo die Frage in den Vordergrund tritt, ob Fortbildungsschulunterricht auch der ländlichen Arbeiterbevölkerung zu theil werden soll. Man begegnet nicht selten der Ansicht, daß eine Fortbildung für diejenigen, deren späterer Beruf der eines Knechtes oder ländlichen Tagelöhners ist, keinem Bedürfnis entspricht, der Volksschulunterricht gilt als völlig ausreichend; von einem Mehr wird eine Art Halbbildung erwartet, die nur schädigend wirken und den Erfolg haben werde, die ländliche Arbeiterbevölkerung mit ihrem Berufe unzufrieden zu machen, und mehr noch als dies durch andere Ursachen bewirkt wird, den Zug in die großen Städte zu verstärken. Auch wird die Befürchtung geäußert, daß das Halbwissen, das durch den Fortbildungsschulunterricht begünstigt werde, die ländliche Arbeiterbevölkerung den Versuchungen und Lehren sozialdemokratischer Agitatoren zugänglich machen könne. Einen mehr die sachliche Seite betonenden Fortbildungsschulunterricht hält man vollends für nicht erforderlich, da die ländlichen Arbeiter mehr auf Handfertigkeit und physische Ausdauer der Arbeiter als selbständiges Ueberlegen und Nachdenken hinweisen.“

Dieser Widerwille gegen Erhöhung des Bildungsstandes kommt in der geringen Zahl der ländlichen Fortbildungsschulen in den östlichen Provinzen zum deutlichen Ausdruck. In der Provinz Ostpreußen giebt es überhaupt keine ländlichen Fortbildungsschulen, in Westpreußen 8, in Brandenburg 1, in Pommern 8, in Posen 21, in Schlesien 33, in Sachsen 41; in den westlichen Provinzen, wo das kleinere Bauernthum vorwiegt, ist die Zahl der ländlichen Fortbildungsschulen eine weit höhere.

Und unsere ostelbischen Junker wollen auch zu den „Besitzenden und Gebildeten“ gehören, die auf Grund ihrer angeblichen Bildung mehr politische Rechte für sich in Anspruch nehmen, als den unteren und angeblich weniger gebildeten Klassen gewährt werden dürfen!

Wiesbaden, 29. Juni. Der 26. deutsche Kertstag nahm einstimmig die Theil an, welche gegen die Zulassung bezugsweise gegen die Erleichterung des medizinischen Studiums für die Frauen sich aussprechen! —

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Eine Frau wurde am 26. d. von der Strafkammer Saarbrücken zu zwei Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt.

Wegen Majestätsbeleidigung ist vom Landgericht Orlitz am 27. April der Ganzhäfner Michael Riedel in Sachlau zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die inkriminierte Äußerung soll vom Angeklagten gelegentlich einer Unterhaltung, die zwei andere Männer in einem Gasthause führten, gethan sein. Haupt sächlich auf Grund der Zeugenaussagen dieser beiden hat das Gericht die Schuld des Angeklagten als erwiesen angesehen. Nach dem Schluß der Hauptverhandlung hatte der Verteidiger die Vernehmung zweier weiterer Zeugen beantragt, das Gericht hatte jedoch den Antrag abgelehnt, da mit ihnen angeblich zu erwartenden Aussagen die beizubringenden Aussagen der bereits vernommenen Zeugen nicht in Widerspruch stehen würden. — Wegen das Urtheil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er beschwerte sich über die Ablehnung des erwähnten Beweisantrages. Das Reichsgericht war der Ansicht, daß durch die Ablehnung keine gesetzliche Bestimmung verletzt worden sei und erlachte auf Verwerfung der Revision.

Oesterreich.

Wien, 29. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung des Gesamt-Ministeriums, durch welche für sämtliche Bezirke Bestgaliziens und drei Bezirke Ostgaliziens Ausnahme-Verfügungen getroffen werden, bestehend in einer zeitweiligen Suspension der Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die persönliche Freiheit, das Hausrecht, das Briefgeheimniß, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Recht der freien Meinungsäußerung. Die Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Schweiz.

Bern, 28. Juni. Die Bundesversammlung nahm das vom Bundesrath vorgeschlagene Gesetz an, wonach der Kavallerie vertheilte Schützenkompagnien mit Maschinengewehren beigegeben werden sollen. — Der Nationalrath genehmigte, wie der Ständerath, den Antrag des Bundesraths, dem Kanton Graubünden für die Herstellung eines Schmalspur-Bahnnetzes eine Subvention von 8 000 000 Fr. zu bewilligen.

Frankreich.

Paris, 29. Juni. Die gemäßigten und konservativen Blätter halten es für möglich, daß die Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik, welche morgen stattfindet, eine Niederlage des Cabinets Brisson herbeiführen könnte. Die radikalen Zeitungen sind überzeugt, Brisson, welchem Frankreich endlich eine aus echten Republikanern bestehende Regierung verdanke, werde eine starke Mehrheit erlangen. Die sozialistischen Organe erklären, das Programm des neuen Cabinets löme sie zwar nicht befriedigen, sie wollten aber gleichwohl Brisson unterstützen, damit er nicht den Gemäßigten in die Hände falle.

Der „Temps“ erklärt, das neue Cabinet sei, wie alle Punkte seines Programms beweisen, nicht anderes, als ein Cabinet Melme mit der radikalen Auffahrt Brisson. Sache der Kammer und des Landes sei es, zu sagen, was sie über die Komödie der radikalen Partei denken.

Die Regierung beabsichtigt, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, angeblickt, die Wahlen für die Generalräthe auf den 7. und 14. August festzusetzen und deshalb die Kammer am 24. Juli zu vertagen.

Rußland.

Petersburg, 29. Juni. Nach einer amtlichen Depesche verurtheilte das Kriegsgericht zu Andischan am 23. d. M. Mahamed Ali Khan und fünf andere Häupter der Bande von Eingeborenen, welche den Angriff auf das russische Militärlager unternahm, zum Tode durch den Strang. Das Urtheil wurde von Eingeborenen vollstreckt; die eingeborene Bevölkerung mußte der Urtheilsvollstreckung beiwohnen. Darauf wurden vor aller Augen die grünen und roten Fahnen, welche bei dem Angriff Mahamed Ali Khans im Zuge getragen wurden, verbrannt. Das Telegramm fügt hinzu, in Bergana herrsche völlige Ruhe.

Serbien.

Belgrad, 29. Juni. („Frankf. Ztg.“) In Nisch hat heute nach Abhaltung eines Gottesdienstes die erste Sitzung der Slupschina stattgefunden. Es wurden sofort die Mitglieder des Wahlprüfungs-Ausschusses gewählt und diesem die Mandate zur Prüfung übergeben.

Bulgarien.

Sofia, 29. Juni. Am Jahrestage des Todes Stambulow's wollen dessen Anhänger im ganzen Lande eine Trauerfeier veranstalten. Man befürchtet, daß dieserhalb Aufrührungen vorkommen werden.

Osten.

Hokohama, 28. Juni. Das neue Cabinet ist gebildet und wie folgt zusammengesetzt: Okuma Vorsitz und Auswärtiges, Itapaki Inneres, Matsuda Walfischa Finzen, Ohigashi Giteiwa Justiz, Gahashi Jujo Posten, Oishi Palami Handel, Ozaki Jusio Unterrikt; in der Besetzung der Ministerien des Krieges und der Marine ist keine Veränderung eingetreten.

Wahlbestimmungen.

Freistimmig-konservativer Wahlschacher.

Von konservativer wie von freistimmiger Seite sucht man jetzt abzuleugnen, daß ein Einverständnis zwischen den beiden edlen Weibern hinsichtlich gegenseitiger Unterstützung in Berlin und den anstehenden Wahlkreisen bestanden habe. Wir halten demgegenüber unsere Behauptung durchaus aufrecht; wir haben unsere Mittheilungen von völlig eingeweihten Personen und die Thatsache, daß die Freistimmigen durch Zurückhaltung jeder Wahlparole die Konservativen in hohem Maße unterstützt haben, liegt vor jedermanns Augen.

Wie man selbst in wirklich liberalen Kreisen über das Verhalten der Freistimmigen im Wahlkreis Teltow-Beeslow-Charlottenburg denkt, zeigt folgende Zuschrift, die von einer bekannt liberalen Persönlichkeit, die aber wegen gewisser prinzipieller Differenzen mit der Parteileitung in jene Abmachungen nicht eingeweiht worden ist, zugesandt wurde:

Sehr geehrte Redaktion! In Nr. 148 des „Vorwärts“ bringen Sie die Mittheilung, daß für die konservative Stichwahlunterstützung in Berlin die Freistimmigen sich verpflichtet haben, in den 3 Wahlkreisen Teltow-Beeslow, Rauch-Beizig, Havelland für die Konservativen zu stimmen. Von einer solchen Verpflichtung ist bisher nichts bekannt gewesen, und was den Wahlkreis Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg betrifft, so kann sie auch nicht bestanden haben. Die Vorgänge, wie sie sich in diesem Wahlkreise bei der Stichwahl vor der Öffentlichkeit abgespielt haben, sind folgende: Nachdem in der Hauptwahl der freistimmige Kandidat ausgefallen war, standen der Konservativen und der Sozialdemokraten einander gegenüber. In solchen Fällen ist es bei allen Parteien üblich, daß dieselbe Parteileitung, von welcher die Aufstellung des ausgefallenen Kandidaten ausgegangen war, sich öffentlich darüber ausdrückt, welchem Kandidaten an dessen Stelle die Wähler nach Ansicht der Leitung ihre Stimmen geben sollen. Eine solche Erklärung ist in diesem Wahlkreise nicht erfolgt. Als nun gleichzeitig die konservative Unterstützung der freistimmigen Kandidaten in Berlin erfolgte und zu befürchten war, daß freistimmige Wähler durch die bloße Thatsache dieser Unterstützung sich könnten beeinflussen lassen, da hat die Berliner „Volks-Zeitung“ mit energischen Worten darauf hingewiesen, daß für den vor den Thoren Berlins gelegenen Wahlkreis Teltow-Beeslow eine Aufforderung gegen den reaktionären Kandidaten und für den sozialdemokratischen zu stimmen, noch immer nicht ergangen sei. Diese Aufforderung erging aber auch dann nicht. Bei dieser Haltung der Berliner Zeitungen war die lokale Presse ohne jede bestimmte Führung. So erklärten in dem größten liberalen Blatte des Wahlkreises, der Charlottenburger „Neuen Zeit“, ein Leitartikel, welcher zwar betonte, daß ein Liberaler keinen Reaktionär wählen könne, und daß er im Prinzip gegen einen solchen für den Sozialdemokraten stimmen müsse, welcher aber gleichzeitig gegen die

Version des sozialdemokratischen Kandidaten Bedenken äußerte, die es nach Ansicht der Redaktion schwer oder unmöglich machten, für ihn zu stimmen. Dieser Artikel hat in dem entschiedenen liberal gesinnten Teile der Charlottenburger Bevölkerung einen weitgehenden Unwillen hervorgerufen, und am Morgen des Stichtages brachte die „Neue Zeit“ auch — und zwar an leitender Stelle — aus ihrem Leserkreis Zuschriften, welche in energischen Worten es für die Pflicht jedes liberalen Wählers erklärten, seine Stimme für Jubel abzugeben. Von ehlich und aufrichtig gesinnten Liberalen werden diese in sich widerspruchsvollen Vorgänge als so beschämend empfunden, daß es wahrlich nicht wünschig ist, zu diesen offen vor aller Welt liegenden Thatsachen noch andere hinzu zu vermischen.

Soweit die Zuschrift. Wie wir bereits betonten, handelt es sich nicht um Vermuthungen, sondern unsere Behauptungen beruhen auf Informationen von Personen, die jene Vorgänge unbedingt kennen müssen. Und wären unsere Behauptungen unwichtig, wie hätten dann führende Herren der freisinnigen Partei im Kestow-Weesower Kreise erklären können: Wir können wegen der Hilfe der Konservativen in Berlin nicht für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten!

Mit welchem Mittel

unserer Gegner sich für ihren Reinstall bei den Wahlen zu entschuldigen suchen, dafür wird ein charakteristischer Vorgang aus dem 17. sächsischen Wahlkreis gemeldet, wo unser Genosse Auer gleich im ersten Wahlgang mit ca. 5000 Stimmen Mehrheit siegte.

Unser Kreisvertreter, Genosse Schmalfeld hatte auf dem Glauchauer Schützenfest-Platz eine Schanzbude gemietet und auch die Schanzerauberei bereits erhalten. Inzwischen waren die Wahlen erfolgt, und unser Genosse hatte in der Annahme, in der er sein Lokal empfahl, für Sonnabend und Sonntag Wahlstimmzettel anzureichern. Diese uneheliche Annonce nahm der Stadtrath zum Anlaß und entzog unserem Genossen plötzlich die Schanzerauberei und sperre die Bude unter einem großen Aufgebot von Polizei.

Daß unser Genosse durch diese Maßnahme einen schweren wirtschaftlichen Schaden erleidet, liegt auf der Hand; daß man aber durch solches Vorgehen gegen politische Gegner diese zur „republikanischen Gesinnung“ erziehen wird, darf füglich bezweifelt werden.

Die Wahl in Waldeburg

möchten die Freikonservativen gerne aufschreiben. Offiziell wird über die Feststellung des Wahlergebnisses gemeldet:

„Sachse (Soz.) gewählt mit 13043 Stimmen. Strauß (Meistb.) erhielt 13007 Stimmen. Nach Ansicht der Wahlfeststellungs-Kommission ist der Wahlakt in Gomstahthal wegen unvorschriftsmäßiger Besetzung des Wahlvorstandes ungültig. Da dort für Strauß 49, für Sachse 132 Stimmen abgegeben sind, so würde ersterer die Mehrheit der gültigen Stimmen haben.“

Die Sozialdemokraten sind jedenfalls an der angeleglichen Unvorschriftsmäßigen Besetzung des Wahlvorstandes unschuldig. Die Behörden hätten besser gethan, vor der Wahl sich um die Vorschriften gehörig zu kümmern. —

Ans Ostpreußen.

Die Bestärkung und Wuth über die Fortschritte der Sozialdemokratie in Ostpreußen ist bei den Gegnern groß. Bisher hatten die ostpreussischen Junker und Junkerengenossen ihren Hauptstapel an dem Wegzug der Leute nach dem Westen. Der Instanz, dem die Schinderei auf den Gütern auf die Dauer unerträglich schien, pastete seine sieben Sachen und ging nach dem Westen; seinen Platz nahm der zufriedene Russe ein. Jetzt ändern sich die Dinge. Die Landarbeiter werden sich darüber klar, daß es möglich ist, in der Heimath zu bleiben, an der sie alle hängen, und doch eine Verbesserung ihrer Lebenslage durchzuführen. Leute, die noch nie einen sozialdemokratischen Redner gehört haben, die Zeitungen sicher nur sehr selten einmal in die Hand bekommen, sehen mit bewundernd-würdigem Verständnis auseinander, daß es nur des Zusammenstehens der Arbeiter bedürfe, um die ausbeuterischen Gutsherrn zu zwingen, anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die 30 000 sozialdemokratischen Stimmen, welche wir am 16. Juni d. J. mehr erhielten wie im Jahre 1888, kamen von Leuten, die fest entschlossen sind, den Junkern das abzutrotzen, was ihnen bisher gutwillig nicht gegeben wurde. Die Junker sind sich anscheinend klar darüber, was sie zu erwarten haben, daher betrieben sie die Verleumdung der Sozialdemokraten mit so riesigen Eifer. Sie können in die Zukunft umso weniger zufrieden sein, weil sich die Anzeichen mehren, daß auch die Russen sich von ihnen nicht abzuwenden lassen. Es kommt schon jetzt gelegentlich vor, daß russische Arbeiter gegen übermäßig lange Arbeitszeit entschieden protestieren, energisch besseres Gehen verlangen u. s. w., auch werden die Fälle, in denen russische Arbeiter einzeln und in ganzen Trupps heimlich die Arbeit verlassen, immer häufiger.

Zugeständnisse wollen die junkerlichen Ausbeuter an die Arbeiter nicht machen, deshalb versuchen sie es jetzt mit der Einschüchterung; sie schwingen die Hungerpeitsche. Schon vor der Wahl haben Gutsherrn, wenn sie mit Arbeitern über die Wahl sprachen, solchen Leuten, die ihnen ganz offen erklärten, daß sie sozialdemokratisch wählen würden, mit der Entlassung gedroht. In einer Reihe von Fällen sind nun nach der Wahl thätlich Arbeiter entlassen und aus den Wohnungen gewiesen. Mehrfach kam es vor, daß der Gutsherr klein belag, wenn er sah, daß die Arbeiter sich um eine andere Arbeitsstelle bemühten, denn ein erheblicher Theil von Besitzern leidet unter dem Arbeitermangel. Mehrfach kamen aber in den letzten Tagen Leute nach Königsberg, von denen die Wäumung der Wohnungen innerhalb dreier Tage verlangt wurde. Da so schnell nicht immer Arbeit zu bekommen ist, befinden sich die Leute in der größten Verlegenheit, wo sie hin sollten. Daß sie nicht unter Verletzung des Kontraktes auf die Landstraße geworfen werden dürfen, nur weil der „Herr“, der gleichzeitige Wahlvorsteher war, den Stimmzettel geöffnet und gesehen, daß sie sozialdemokratisch gewählt haben, wissen die Leute meist gar nicht. Die bodenlose Frechheit einzelner ostpreussischer Junker kann gar nicht besser zum Ausdruck kommen, als durch diese gemeine Maßregelung von Arbeitern, die ihr Wahlrecht nach ihrer Ueberzeugung ausübten. Als ein würdiger Kampfgenosse der Junker hat sich der bekannte Gch. Kommerzienrath Weder, der Verstein-Weder, gezeigt. Es ist dieser Ordnungstüpe, deren Worte der Staat für 10 Millionen Mark übernehmen will, höchst unbedeutend, daß die Arbeiter des Wassiner Werkes am 16. Juni in ihrer großen Mehrheit sozialdemokratisch gewählt haben. Zwischen Haupt- und Stichwahl im Landkreis Königsberg hat der Herr nach Kräften auf die Arbeiter einzuwirken versucht.

Nachdem aber am 24. Juni wieder die Mehrzahl der Arbeiter sozialdemokratische Zettel abgegeben, hat er einfach eine ganze Anzahl Arbeiter aufs Pfaster geworfen. Wie wir die ostpreussischen Arbeiter kennen, glauben wir bestimmt behaupten zu können, daß die brutale Anwendung von Gewalt sie nicht schrecken, sondern noch mehr erbittern wird. Auf eins sei übrigens noch hingewiesen. Gutsherrn wurden in mehreren uns bekannt gewordenen Fällen da geneigt, wo der „Herr“ russische Arbeiter beschäftigt.

Eine grobe Wahlbeeinflussung

hat sich der Gemeindevorsteher in Alexen im Kreise Labiau-Wehlau zu Schulden kommen lassen. Derselbe erließ folgende

Bekanntmachung.

Freitag den 24. Juni d. M., vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr festgesetzte Termin für engere Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage zwischen v. Passow und Haase, andere Stimmzettel sind unglültig. Also auf Wähler, wählt aber nicht den Haase der Sozialdemokratie, sondern den konservativen v. Passow-Parnefjens, Stimmzettel sind v. Passow bei mir zu haben.

Alexen, den 21. Juni 1898.

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.) (gez.) Schuehler.

Die sozialdemokratischen Stimmen in Anhalt

haben bei der letzten Wahl wiederum eine erfreuliche Zunahme gezeigt. In folgender Tabelle ist eine Zusammenstellung der sozialdemokratischen Stimmen vom Jahre 1881 bis jetzt gegeben.

	in Anhalt I	in Anhalt II	insgesamt
1881	348	28	376
1884	697	225	922
1887	2 078	1 370	3 448
1890	6 340	5 496	11 836
1893	8 719	9 145	17 864
1908	10 731 (11 818)	12 817 (14 765)	23 548 (26 583)

Die gegnerischen Stimmen fielen in der Zeit von 1881 bis 1898 von 89 pCt. auf 54 bezw. (in der Stichwahl) 51 pCt. der Gesamtstimmenszahl.

Ans Baden.

Bei der Besprechung der Wahlergebnisse vom 16. und 24. Juni in Baden muß man unterscheiden zwischen den mehr industriellen Wahlkreisen und den mehr oder fast ausschließlich ländlichen. Dort wurden unsere Erwartungen übertroffen, hier blieb das Resultat hinter den Hoffnungen zurück. Das Gesamtergebnis der 14 badischen Wahlkreise, d. h. eine Stimmenvermehrung von rund 13 000 und 8 Mandate, ist jedoch als ein höchst erfreuliches zu bezeichnen. Allein 12 000 Stimmen von diesem Zuwachs seit 1893 fallen auf die 3 Wahlkreise Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim, in welchen unsere Parteigenossen als Sieger aus der Stichwahl hervorgingen. Damit ist die sozialdemokratische Partei Badens, die bisher mehr oder weniger als Nebenbühler angesehen wurde, als gleichwertige unter die Zahl der schweizerischen Parteienverbände der übrigen Bundesstaaten getreten. Mannheim ist bekanntlich wiedererobert, Karlsruhe und Pforzheim zum ersten Mal gewonnen worden. Die Reichstagswahlen von 1898 haben im „Mutterstaat“ gehalten, was die Landtagswahlen versprochen haben.

Der Sieg in Mannheim war nicht zweifelhaft. Die Mannheimer Parteigenossen haben mit einer Majorität von rund 5000 Stimmen in der Stichwahl das 1893 verlorene Mandat wiedererobert. Weniger sicher war die Sache in Pforzheim und Karlsruhe. Beide Orte haben eigentlich bis vor kurzer Zeit über eine richtige durchgreifende Organisation nicht verfügt, und erst in den letzten Monaten ist diesem schweren Mangel von Grund aus abgeholfen worden. Der Erfolg läßt voraussehen, was in diesen beiden Städten noch gemacht werden kann, wenn sich die Organisation noch mehr entwickelt und richtig eingelebt hat. In einem gewissen tatsächlichen Nachtheil waren die Karlsruhe- und Pforzheimer Genossen auch dadurch, daß sie kein Partei-Organ am Platze selbst hatten. Der dreimal wöchentlich erscheinende „Volkstreu“ wird in Offenburg herausgegeben, und so konnte naturgemäß die Presse den Wahlkampf für die beiden genannten Kreise nicht in dem wünschenswerthen Tempo führen; wenn sich die Karlsruhe- und Pforzheimer Genossen nicht desto weniger so thätig schlugen, so ist das immer ein Grund mehr zur Anerkennung ihrer Leistungen.

Es wäre indessen eine Selbsttäuschung, wenn wir nicht eingestehen würden, daß die beiden Siege von Karlsruhe und Pforzheim unter anderen Parteikonstellationen, als den speziell badischen, wohl nicht möglich gewesen wären. Würde das badische Centrum unter Sader's Führung seine so entschieden anti-nationalliberale Politik befolgen, wäre der Miß zwischen dem nationalliberalen Mutterstaatsminister Eisenlohr und Sader kein so tiefer, dann hätte sich in den badischen Stichwahlen jedenfalls das gleiche ordnungsparteiliche Konglomerat gegen die sozialdemokratischen Stichwahlen wie im übrigen Deutschland gebildet und nur die Dreesbach'sche Kandidatur in Mannheim wäre einem derartigen vereinten Ansturm gewachsen gewesen. Zwar sind die Demokraten und speziell ihr Organ, der „Landesbote“ in den Stichwahlen mit Feuer für die sozialdemokratischen Kandidaten ins Zeug gegangen, aber ihr Einfluß ist ebenso gering wie ihr Anhang. Die Stimmen, welche sich an ersten Wahlgang auf die demokratischen Kandidaten vereinigten, sind zu drei Vierteln von Freisinnigen und Centrumswählern abgegeben worden; die ersteren, allerdings ein sehr kleiner Bruchtheil, haben für die nationalliberalen Kandidaten gestimmt, während die letzteren sich theilten, d. h. etwa zur Hälfte nationalliberal und zur Hälfte sozialdemokratisch stimmten. Es muß dies ausdrücklich gegenüber den Behauptungen u. a. auch in der „Frankf. Zeitung“, daß unser Karlsruhe-Wahltag lediglich den Demokraten zu verdanken sei, konstatirt werden. Die Demokratie, die in Baden das Centrum von jeher gebildet hat, ist jetzt im Begriff, im Centrum zu verschwinden; die eigentlichen Kerntruppen der badischen Volksparteier sind sehr schwach; sie bestehen fast nur aus Offizieren ohne Soldaten.

Mit Ausnahme eines einzigen haben wir auch in den elf übrigen vorwiegend ländlichen Wahlkreisen Fortschritte zu verzeichnen. Fortschritte, die allerdings angesichts unserer sehr eifrigen Agitation den Erwartungen nicht entsprechen, die aber mit Rücksicht auf die ganz besonderen Umstände in diesem Wahlkampf nicht zu unterschätzen sind. Das Centrum hat, als es merkte, in welcher unerwarteten Weise und die bäuerliche Bevölkerung entgegenkam, wie wir in manchen Wahlkreisen fast in jedem Dorf ein Lokal zur Verfügung hatten, und daß besonders die Militärdenkwahl sich als eine sehr jugendkräftige Parole gegen die herrliche Partei erwies, gepflegt vom bösen Gewissen, seitens einer Niederagitation ins Werk gesetzt und mit noch nie gesehenem Heißdurst in denjenigen Kreisen gegen uns gearbeitet, wo Centrumsmandate zu erhalten oder neu zu gewinnen waren, und das sind insbesondere die Wahlkreise in Mittelbaden und im Oberland. Abgesehen von massenhaften Versammlungen, die sonst als fast überflüssig erachtet wurden, haben die Bestritten von Haus zu Haus gegen uns agirt, und gegen die Mittel, welche den wahlwerbenden Pfarrherren und Kaplänen täglich zu Gebote stehen, kommt die Wirkung einer auch noch so gut vertauschten Versammlung und eines Flugblattes nicht auf. Es ist überhaupt zu verwundern, daß unter diesen Umständen, wo in den genannten ländlichen Kreisen Himmel und Hölle gegen uns in Bewegung gesetzt worden sind, wir überhaupt nur kleine Fortschritte auf dem Lande gemacht haben. Der eigentliche Werth unserer diesjährigen Reichstagswahl-Kampagne besteht für das Land darin, daß wir uns überhaupt bei der bäuerlichen Bevölkerung eingeführt haben. Und das haben wir gethan; die Wreke ist gelegt.

Was die Vertheilung der 14 Mandate des badischen Landes anbelangt, so zeigt sich hier wie bei den Landtagswahlen des vorigen Jahres die Erscheinung, daß nur die Sozialdemokratie als gewinnende Partei, und zwar mit 8 Mandaten, die den Nationalliberalen (2) und den Freisinn-Demokraten (1) abgenommen wurden, in betracht kommt. Im XIII. Wahlkreise ist das konservative Mandat an den Bund der Landwirthe übergegangen, was keine besondere Anerkennung bedeutet. Sonst hat das Centrum seine 7 Siege erhalten, und die Nationalliberalen verfügen noch über 3 Mandate.

Für die Sozialdemokratie sind in den mittleren und größeren Städten 80,9 pCt. sämmtlicher Stimmen abgegeben worden, worunter in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim die relative Mehrheit.

Im großen ganzen können wir Baden mit dem Wahlausfall vollaus zufrieden sein.

Partei-Nachrichten.

Vollzweiliches, Gerichtliches zc.

— Redakteur Wilhelm Schmidt von der „Volkstimm“ in Frankfurt a. M. war angeklagt, durch eine unrichtige Mittheilung die katholische Lehrerin Kirchner in Groß-Kuhheim beleidigt zu haben. Obwohl der Freisinn von der „Volkstimm“ alsbald berichtigt worden war, hatte der Pfarrer, der Schulinspektor ist, auf die Bitte der Lehrerin den Landrath in Hanau ersucht, Strafantrag gegen die „Volkstimm“ zu stellen. Der Landrath kam dem Wunsch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kreisgerichtshofes nach. Das Kreisgericht Landgericht erkannte aber seine Legitimation nicht an. In Uebereinstimmung mit dem Vertheidiger, der ausgeführt hatte, daß der Landrath in diesem Falle kein Vorgesetzter ist und daher nicht zu dem Strafantrage befugt

war, beschloß das Gericht die Einstellung des Verfahrens und legte die Kosten der Staatskasse auf. Ein zweiter Prozeß, wobei es sich um Verleumdung des inzwischen verstorbenen Geheimraths Reipke von der Rheinbütte bei Dieblich handelte, endete mit Schmidt's Verurtheilung zu 30 M. Geldstrafe.

— Am Dienstag wurde vor dem Landgericht in Dresden über die Angelegenheit verhandelt, wegen welcher vor einigen Wochen gegen den Redakteur Bruhn's ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden ist, das überall berechtigtes Aufsehen erregt hat. In Nr. 40 der „Volkswacht“ war eine Nachricht aus Leipzig in Ober-schlesien enthalten, wonach der dortige Amtssekretär Müller einen Kolporteur des „Gornit“ und der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ im Amtsbezirk mit einem Stode so auf den Kopf geschlagen haben sollte, daß Bluta, so heißt der Kolporteur, eine große Wunde davongetragen hätte. Die näheren Umstände, unter denen diese Nachricht in die „Volkswacht“ gelangte, scheinen jeden Zweifel an ihrer Wahrheit auszuschließen, und doch entspricht sie nicht der Wahrheit. Bluta selbst hatte geäußert. Sobald Genosse Jahn, der verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“, und Genosse Winter in Königsbütte (der sich zur Zeit des Zeugniszwangsverfahrens als Verfasser der infamierten Notiz besann), von der Unwahrheit der Darstellung erfuhren, berichteten sie dieselbe. Die Verhandlung vor dem Landgericht ergab, daß sowohl Winter wie Jahn bei der Berichterstattung und Aufnahme der Bluta'schen Darstellungen in die „Volksw.“ sehr vorsichtig gewesen waren. Das Gericht nahm aber an, daß sie bei noch größerer Vorsicht die Aufnahme des Bluta'schen Eigenberichts vermieden hätten. Der Hauptschuldige in der ganzen Affäre sei zwar Bluta, leider müsse der aber straflos ausgehen. Der Gerichtshof erkannte gegen Winter auf 150 M. Geldstrafe oder 15 Tage Haft, gegen Jahn auf 200 M. Geldstrafe oder 30 Tage Haft und auf die üblichen Nebenstrafen. Der Staatsanwalt hatte gegen Winter 200 M. Geldstrafe oder 40 Tage Haft, gegen Jahn 2 Monate Gefängniß beantragt. Weder für Winter noch für Jahn wurde angenommen, daß sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten; der Saub des § 193 des Strafgesetzbuchs wurde ihnen also nicht zugestanden.

— Der verantwortliche Redakteur des „Altenburger Wählers“, Genosse Rahnt, wurde vom Landgericht daselbst wegen Verleumdung des Diakonats Hüntenrauch in Roda zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Es handelte sich um eine Mittheilung aus Roda, die von Rahnt erst dann veröffentlicht worden war, als der Verfasser verstorben war, daß er die volle Verantwortlichkeit übernahm. Vor Gericht erwies sich aber die Mittheilung als unwar, weshalb Rahnt dem angegriffenen Geistlichen sein Bedauern über die Veröffentlichung ausdrückte.

— Wegen öffentlicher Verleumdung des Magistrats und des Vorsitzenden des Gemeinderaths von Pöhlitz i. Th. wurde der Parteigenosse Paul Seige daselbst und der Redakteur des „Saalfelder Volksblattes“ und des „Thüringer Volksfreunds“, Genosse D. Becker, vom Landgericht in Saalfeld ersterer zu 7 Monaten, letzterer zu 2 Monaten Gefängniß, sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Die Verleumdung ist in einer von Seige in den Pöhlitzer Lokalfaltern veröffentlichten Erklärung und in einer Notiz gefunden worden, die das „Saalfelder Volksblatt“ und der „Thüringer Volksfreund“ gebracht hatten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wachung, Modelleure und Anträger. Im Studgeschäft von Esh. Schöneberg, Bahnstr. 14, besteht noch die zehnjährige Arbeitszeit, und haben deshalb mehrere Kollegen die Arbeit niedergelegt. Kollegen, welche dort in Arbeit treten wollen, werden dringend ersucht, die Maximalarbeitszeit von 8 1/2 Stunden zu respektiren.

Die Kommission der Modelleure zc.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Hamburger Wäcker. Seit Montag haben weitere 35 Wäckermeister bewilligt, so daß die Zahl der getregelten Wäckerien 225 beträgt, in denen 600 Geleuten zu den neuen Bedingungen arbeiten. Am Montag haben in Hamburg, Altona und Wandsbek sechs Versammlungen stattgefunden, die außerst gut besucht waren und in welchen dem konstituiren Publikum eingehend die berechtigten Forderungen der Wäckergeleuten dargelegt wurden. In allen Versammlungen wurde beschlossen, den Boykott lebhaft zu unterstützen.

Zum Streik der Steinarbeiter im Nischelgebirge. Viele der Auswärtigen haben anderweitig Beschäftigung gefunden, jedoch heute noch 30 Mann zu unterliegen sind. Die Steinarbeiter in Coburg, Spielberg und Essfen haben die Arbeit wieder aufgenommen, da die Unternehmer den bekannten Revers zurückgezogen haben, und sind diese aus dem Unternehmerverbande ausgetreten. Die Steinarbeiter von Schwarzenbach wollen ausdauern, indem noch kein Tages für diese eingetroffen ist. Die Unternehmer haben auf der am 14. Juni stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, diejenigen Arbeiter, welche aus Orten kommen, wo Streiks ausgebrochen und die Arbeitssuchenden daran betheiligt sind, nicht einzustellen.

Ob dieser Beschluß streng durchzuführen ist, muß abgewartet werden, vorläufig zweifeln wir sehr daran.

Die Unterstüzung der Auswärtigen ist notwendig und sind Gelder an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter P. Müschke, Nischdorf, Steinmühlstr. 14, einzusenden.

Zum Streik der Maurer und Banarbeiter in Neumünster hat auf Anweisung von beiden Theilen das Gewerbegericht als Einigungsamt Stellung genommen. In einem Resultat haben die Verhandlungen noch nicht geführt.

Die Maurer in Ilmenau sind am Montag in den Ausstand getreten; betheiligt sind 92 Mann, 41 davon sind sofort abgereist, in Arbeit verblieben sind 20. Ein Unternehmer hat die Forderung 85 Pf. Minimallohn, zehnjährige Arbeitszeit bewilligt.

Der Dachdeckerstreik in Kassel ist beendet; die Meister haben sämmtlich bis auf einen einzigen die Forderungen bewilligt.

Der Stuttgarter Zimmererstreik ist noch nicht beendet. Die Meister, die in der gemeinsamen Verhandlung auf dem Rathhaus sich verpflichtet hatten, die getroffenen Abmachungen unterthätig anzuwenden, perwoigerten dies nun, als am Montag die Zimmerer die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Sie verlangten, daß zuerst auch der Streik der Gannstatter Zimmerleute für beendet erklärt werden müsse, ehe sie ihre Unterschrift geben. Da jedoch die Gannstatter Zimmerleute nicht einmal zu den Verhandlungen zugezogen wurden und da sie durch die in Stuttgart getroffenen Vereinbarungen in ihren bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen geschädigt würden, so reicht der Einfluß ihrer Stuttgarter Kollegen nicht aus, um sie zur Beendigung des Streiks zu veranlassen. Die Stuttgarter Zimmerleute trifft also nicht die geringste Schuld, wenn sich der Kampf noch weiter in die Länge zieht.

Ausland.

Der Streik der Grazer Wäckerarbeiter dauert fort. Ebenso ist in ganz Steiermark die Ausstandsbevegung im vollen Gange. Die Wäckerarbeiter in Gleichenberg haben bei den Meistern, da diese die Forderungen nicht bewilligten, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind die Meister in große Verlegenheit gebracht worden. Die Wäckerarbeiter wollen den Zugang von ganz Steiermark fernhalten.

Der Verband „Vereinigte Maschinenbauer Englands“ veröffentlicht seinen 47. Jahresbericht, der die Zeit vom Dezember 1896 bis Dezember 1897 umfaßt; in diese Zeit fällt bekanntlich der große Streik. Die Zahl der Mitglieder stieg in dieser Zeit um 12 105; nach Abzug der Verstorbenen, Ausgeschiedenen u. s. w. verblieb eine Nettozunahme von 4589 Mitgliedern, jedoch der Stand der Mitgliedschaft am Ende des Jahres 91 444 betrug. Das Durchschnittsalter der verstorbene Mitglieder erreichte die Höhe von 51 Jahren, die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft der mit dem Tode abgegangenen betrug 25 Jahre. — Die Einnahmen des Verbandes erzielten die ungeheure Höhe von 11 Millionen und 187 379 Mark

dazu kommen 6117700 Mark Bestand vom Jahre 1800; die Ausgaben im laufenden Jahre betragen 13807900 Mark. Nach Abzug eines aufgenommenen Darlehens von 400000 Mark verblieb der Gesellschaft am Ende des Jahres also immer noch ein eigenes Vermögen von etwa 3100000 M. Trotz dieser respektablem Summe machte sich um jene Zeit bereits ein Mangel an Unterstümmungsgeldern für die Streikenden bemerkbar. Das hat, wie der Bericht bemerkt, seinen Grund nicht allein darin, daß ein großer Theil der Gelder für die Kranken- und Alterspensionsklassen festgelegt ist, sondern auch darin, daß bei den Maschinenbauern die Zentralisation des Stoffwesens nicht genügend durchgeführt ist, so daß die Zentralleitung die Vermögenslage nicht vollständig übersehen konnte; die Gelder befanden sich in den Distriktskassen. In den oben angeführten Einnahmen sind auch die freiwilligen Beiträge der englischen und deutschen Gewerkschaften, sowie die Extrasteuern der Mitglieder mit eingerechnet.

Der Bericht schließt mit einem kurzen Rückblick auf den großen Streik. Die damals aufgestellten Forderungen hält der Berichtserstatter — es ist der bekannte Leiter des Streiks George Barnes — noch heute für durchaus berechtigte. Sei der Streik verloren, so sei die Frage des Achtstundentages damit durchaus nicht erledigt, sondern deren Lösung nur aufgeschoben. Auch die Gewerkschaft habe durch den Kampf reiche Erfahrungen gesammelt, vieles sei gelernt worden, was später praktische Verwendung finden werde. Zunächst gelte es, die Organisation auszubauen, ihr neue Mitglieder zuzuführen, sie zu stärken.

Soziales.

Der Ernte-Ertrag im Deutschen Reiche war nach den Erntemittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes

im Jahre 1897	Jahresdurchschnitt 1887/96	1897 + mehr - weniger:
Woggen	6 932 505	6 310 397 + 622 108
Weizen	2 913 291	2 788 465 + 124 826
Speis	346 705	400 406 - 53 701
Gerste	2 242 015	2 273 497 - 31 482
Kartoffeln	29 801 091	26 604 772 + 3 196 319
Hafer	4 841 446	4 670 596 + 161 910
Wiesenheu	21 211 534	17 579 135 + 3 632 399

Man wird sonach 1897 als ein gutes Erntejahr bezeichnen dürfen.

Bergarbeiter-Lohn. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter, Heinrich Müller, hat in einem Schreiben an den preussischen Handelsminister seine Ansichten über die Frage dargelegt, wie sich die Unglücksfälle in den Bergwerken am sichersten verhüten lassen. Das Schreiben lautet:

Unter Hinweis auf das letzte Massenunglück auf Jeche „Zollern“ im Bergrevier West-Dortmund gestatten mir Euer Excellenz, über die Verhütung derartigen Unglücke, sowie der Verunglückungen im Bergbau überhaupt, meine als praktischer Bergmann und Aufsichtsbearbeiter gewonnene Ueberzeugung Ihnen auszusprechen.

Bei den vielen räumlich von einander getrennten Arbeitspunkten in den Gruben und der mangelhaften Beaufsichtigung, welche von den Betriebsbeamten bei jedem Betriebspunkt in jeder Saison günstigstenfalls durch einmalige Besichtigung geübt werden kann, ist es undenkbar, daß eine bessere Verhütung der Unglücke als jetzt erfolgen kann.

Die Inspektion der Revierbeamten kann als genügend zur Unglücksverhütung nicht angesehen werden.

Anstatt der jetzigen Art der Unglücksverhütung, welche von den Betriebsbeamten nur so nebenbei geübt wird, müssen dafür Personen im Hauptamt angestellt werden. Abzuzunehmen ist die Intensität der Kontrolle, die bisher geübt hat, erreicht werden.

Es sind diese Kontrollbeamten in ausreichender Zahl anzustellen, beispielsweise muß auf jeder kleinen Tiefbauzeche wenigstens einer bestellt werden und zwar aus der Arbeiterkategorie, denn dieser wird es verstanden, die hier hauptsächlich in Frage kommenden Arbeitsverhältnisse bei der Fülle und Verschiedenartigkeit der vorhandenen Gefahren genügend in Rechnung zu ziehen; nur ein solcher weiß es, in welchem Maße die Arbeiter durch die Ueberlastung zur Erzielung eines (nur mäßigen) Lohnes außer Stande gesetzt sind, die mannigfachen Gefahren genügend wägen zu können.

Wenn die Thätigkeit des Kontrollbeamten von möglichst bester Wirkung sein soll, so bedarf er dazu des Vertrauens der Arbeiter. Wenn diese wissen, daß sie ihn, ohne irgend welchen Nachtheil aufzulegen aufgesetzt zu sein, Fehler und Mängel zur Kenntnis bringen können, wenn sie ferner überzeugt sind, daß der Kontrollbeamte auch den Muth hat, Vernachlässigungen bergpolizeilicher Vorschriften z. B. zur Anzeige respektive zur Abweisung zu bringen, dann ist dadurch die ganze Arbeiterkategorie des Beckes mit zur Kontrolle herangezogen.

Diese Eigenschaften kann ein Kontrollbeamter aber nur dann besitzen, wenn er aus freier Wahl der Belegschaft hervorgegangen ist.

Eine solche Art der Vorbeugung der Unglücke in den Gruben, wie sie sich nach diesen Darlegungen gestaltet, legt die Verantwortung der Verunglückungen gewissermaßen auf die Arbeiterkategorie selbst. Ein Zustand, der von der Regierung, den Bergbehörden, den Besitzern und Grubenbeamten nur gewünscht werden kann.

Zu dieser Art der Ergänzung der Grubeninspektion nach unten liegt zugleich auch der beste Antrieb, die Unglücksverhütung auf dem rechten Wege, entsprechend den Gefahren, fortzuführen und vollkommener auszugestalten.

Untern 7. Juni ist Müller von der Geheimen Kanzlei des Handelsministers der Eingang seines Schreibens bestätigt worden.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ glaubt annehmen zu können, daß es nicht nur bei diesem Bescheide bleiben wird.

Die Gewerbe-Inspektion für beide Mecklenburg klagt in ihrem 1897er Jahresbericht ebenfalls darüber, daß zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterkategorie Bestimmungen bisweilen von den Gerichten mit Strafen belegt werden, deren Milde in keinem Verhältnis zu dem durch die Uebertretung erzielten materiellen Vortheil steht. Auch übermäßig lange Arbeitszeiten werden festgesetzt, so namentlich in der Wälden-Industrie (vielfach bis zu 16 Stunden), in der Jucker-Industrie (bis zu 18 und 20 Stunden in der Kampagne), in Riepeleien (13 bis 14 Stunden), während nach Ansicht des Inspektors ein zwölfstündiger Normal-Arbeitstag völlig genügen würde.

Von den Arbeiterorganisationen hat der mecklenburgische Gewerbe-Inspektor denselben Eindruck bekommen, wie seine bayrischen und badischen Kollegen. Er führt an, daß die Arbeiterorganisationen zu erstarren beginnen, und bringt hiemit die Erscheinung in Zusammenhang, daß die Lohnkämpfe und die Verhandlungen der Arbeiter mit den Unternehmern sich ruhiger und sachlicher gestalten als früher. Diese Erscheinungen sind ein weiteres Zeugnis dafür, daß des Freiherrn v. Stumm und des Grafen v. Posadowsky phantastische Ansichten über die selbständigen Arbeiterorganisationen mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Ueber die Bäckerei-Verordnung bemerkt der Bericht, daß die meisten Bäckereibesitzer erklärt haben, mit den gesetzlichen Vorschriften auskommen zu können.

Um Abschaffung der Sonntagarbeit in den Mühlen Breslau's hatten die dortigen Mähergesellen im Februar d. J. beim Regierungspräsidenten petitionirt. In einer Versammlung am vorigen Sonntag wurde ihnen mitgeteilt, daß die Petition abgelehnt worden ist. Die Versammlung beschloß einstimmig, nun den Bundesrath und Reichstag anzurufen.

Die Genossenschaft deutscher Tanzlehrer verlangt in einer Petition an den Reichstag, daß der Tanzunterricht dem staatlichen Unterrichtsweisen einverleibt und die Lehrberechtigung von einer Prüfung abhängig gemacht werde. Von diesen Forderungen ist der Bund deutscher Tanzlehrer nicht erbaut. Er hat einen Aufruf erlassen, worin die der Genossenschaft nicht angehörenden Tanzlehrer um ihre Meinungsäußerung über die Petition ersucht werden; das folgenderweise zu stände kommende Material soll dann weiteren Schritten zu grunde gelegt werden. Die Gutachten sind an den Tanzlehrer Geißler-Mebes in Brandenburg a. N. zu senden.

Junngewesen. Die Schneider-Jungung in Braunschweig ist auf ihren Antrag von der Kreisdirection zur Zwangsjungung für den Kreis Braunschweig (mit Ausschluß des Amtes Hedinghausen) erklärt worden. Vom 1. August dieses Jahres müssen ihre alle Personen angehören, die in diesem Bezirke das Schneiderhandwerk als stehendes Gewerbe selbstständig betreiben und der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge halten. Es ist dies die erste Zwangsjungung, die in Braunschweig seit dem Bestehen der jetzigen Gesetzgebung errichtet wurde.

Der Krieg.

Die Höhen um Santiago sind von den Amerikanern besetzt. Blos schweres Belagerungsgeschütz fehlt noch, um diesen wichtigsten Punkt des Spanier an der Südküste und die in der Bai eingeschlossene Flotte zu vernichten. Blos wenige Tage Frist haben die Spanier, sich zu entschließen, ob sie sich der ausichtslosen Vernichtung preisgeben oder kapitulieren wollen. Mit dem Fall Santiago's und der Vernichtung der spanischen Flotte hört jede Aussicht auf, Kuba zu halten. Die amerikanischen Kriegsschiffe werden dann jede größere Zufuhr von Lebensmitteln und Kriegsmaterial verhindern und Kuba wie eine ernannte Festung behandeln können. Die Möglichkeit großer Erfolge gegen die in immer größerer Zahl auf Kuba landenden Truppen wird natürlich mit jeder neuen Verstärkung der amerikanischen Heeresmacht geringer. Die Spanier, die mit den Insurgenten nicht fertig werden konnten, werden den mit diesen verbündeten Amerikanern gegenüber völlig ins Hintertreffen kommen.

Es liegen von amerikanischer Seite [die folgenden Mittheilungen vor:

General Shafter telegraphirte von Siboney aus: Wir kommen gut vorwärts. Montag haben wir eine vorgeschobene Position drei Meilen von Santiago besetzt, welche der Feind gestern aufgegeben hatte.

Wie eine Depesche aus dem Lager von Sabanilla vom gestrigen Tage meldet, fanden Aufklärungs-Patrouillen der Aufständischen die Leitung, durch welche Santiago mit Wasser versorgt wird, unbewacht und benachrichtigten hier von dem General Wheeler, der sofort Pioniere entsandte, welche die Leitung ohne Widerstand zu finden zerstörten, so daß Santiago jetzt auf Kisternwasser angewiesen ist. — In Juragua wird von den Amerikanern ein ständiges Lazareth eingerichtet. — Von Tampa sind 9000 Mann nach Key West abgegangen, um von da nach Santiago befördert zu werden; andere Truppen werden nachfolgen, so daß die Armeeshafter auf die Stärke von 30 000 Mann gebracht wird.

Eine Depesche des „New-York Herald“ aus Juragua vom 27. d. M. berichtet, nach aus Manzanillo eingegangenen Nachrichten verzichtete General Pando auf den Verlust, 10 000 Mann Truppenverstärkungen nach Santiago zu führen und lehnte nach Manzanillo zurück.

Admiral Sigbee, der Kommandant des „St. Paul“ berichtet, er sei am 22. d. M. nachmittags auf offener See in der Nähe von San Juan von einem nicht gekannten spanischen Kreuzer und dem „Terror“ angegriffen worden. Letzterer sei auf den „St. Paul“ zu dempft, der ihn erwartete und dann auf ihn gesenert habe. Der „Terror“ sei dreimal getroffen, einer seiner Offiziere und zwei Leute der Mannschaft seien getödtet, mehrere verwundet worden. Der „Terror“ habe sich darauf mit Schwierigkeit zurückgezogen und sei unter dem Schutze der Geschütze der Forts von San Juan in den Hafen geflüchtet worden. Später seien ein Kreuzer und ein Kanonenboot aus dem Hafen ausgelaufen, aber innerhalb des Schutzbereiches der Forts geblieben. — Durch ein Dekret des Präsidenten ist die Wolade Kuba's auf die Südküste zwischen dem Cabo Frances und dem Cabo de Cruz ausgedehnt worden, auch San Juan de Portorico ist in Woladezustand erklärt. Den neutralen Schiffen ist eine Frist von 30 Tagen zum Verlassen des Hafens mit Ladung bewilligt. — Der Hilfskreuzer „Hole“ ist in Baiquiri eingetroffen und hat Verstärkungen gelandet.

Der Präsident der kubanischen Junta Palma erhielt ein Telegramm von Maximo Gomez, in welchem es heißt, er habe am Freitag in Guantanamo den Belagerungszustand erklärt; es sei unmöglich, daß die Spanier entkommen.

Die Kubaner machen in Key-West Anstrengungen, Geld aufzutreiben, um den kubanischen Streitkräften unter Gomez Vorräthe zu senden. Letztere leiden an allem Mangel; wofür nicht bald Hilfe eintrifft, müssen die Kubaner sich zerstreuen. Nach Meldungen aus Moguana vom 28. d. M. wird eine Angriffsbewegung der Amerikaner erst in einigen Tagen erwartet, weil zunächst die Verbindungswege in stand gesetzt und Proviantsstationen eingerichtet werden müssen.

Aus Madrid wird gemeldet: Die amerikanische Armeekorps hat sich nach der Küste zurückgezogen, dort ein verlassenes Lager errichtet und wartet Verstärkungen ab.

Ueber den Gesundheitszustand der amerikanischen Truppen auf Kuba sind hier ungünstige Nachrichten eingetroffen; namentlich unter den Truppen des Generals Shafter soll das gelbe Fieber ausgebrochen sein, — man spricht von einigen hundert Erkrankten.

Ueber Hongkong in Madrid eingetroffene Depeschen von den Philippinen vom 24. d. M. melden, daß die Spanier fortgesetzt es ablehnen, sich zu ergeben. Alles lasse voraussehen, daß es sofort nach der Ankunft der Truppen des Generals Merrit zu einer Schlacht kommen werde.

General Augustin hat unter dem 23. d. M. der Regierung folgende Depesche übersandt: Die Lage in Manila ist noch ebenso ernst wie früher. Ich halte mich in der Mofhaus-Linie, aber auch der Feind trifft vernichtete Maßnahmen und besetzt die Provinzen, die sich ihm ergeben. Regengüsse, welche unsere Verteidigungsgräben überfluthen, erschweren die Verteidigung. Die erhöhte Zahl der Kranken unter meinen Truppen macht die Lage noch schlimmer, da auch die Desertionen unter den Eingeborenen beständig zunehmen. Unter der Angabe, daß er über 30 000 Eingeborene mit Schusswaffen und 100 000 mit blanken Waffen ausgerüstete Eingeborenen verfüge, hat mich der Führer der Aufständischen Aguinaldo aufgefordert zu kapitulieren, aber ich habe seine Vorschläge zurückgewiesen, ohne sie anzuhören. Denn ich bin entschlossen, meinem Souverän die Treue zu halten und die Ehre unserer Fahne zu wahren bis zum äußersten. Ich habe über 1000 Kranke und 200 Verwundete. Außerdem befinden sich in dem mit Mauern umgebenen Theile der Stadt viele Bewohner aus ländlichen Bezirken, welche vor den Greuelthaten der Aufständischen geflüchtet sind. Diese Leute bilden für uns eine Verlegenheit und für den Fall eines Bombardements eine große Sorge. Ich hege indessen bezüglich eines Bombardements für jetzt keine ernstlichen Vorstellungen.

Aus Manila wird gemeldet, daß auf Ansuchen des Gouverneurs Augustin die Admirale der fremden Geschwader Konferenz abhalten, um Manila vor weiteren Angriffen der Insurgenten zu schützen.

Eine Depesche aus Manila vom 22. d. M. besagt: Die Boten, welche ausgeschickt worden waren, um die 1000 Mann starke Abtheilung des Generals Monet aufzusuchen, sind unerrückter wieder zurückgekehrt. Die Familie des Generals Augustin befindet sich immer noch in der Gewalt der Aufständischen. General Pena hat sich mit ungefähr 1000 Soldaten ergeben, weil seine Leute fast alle Eingeborene waren, die zum Feinde über-

gingen. Der größte Theil der Besatzung der Insel Luzon hat sich wegen Mangels an Lebensmitteln ergeben; nur einigen Soldaten ist es gelungen, zu entkommen. Zahlreiche Spanier, darunter auch die Gouverneure von Babanga, Laguna und Bulacan haben sich nach Cavite geflüchtet. Die Zahl der Aufständischen, welche Manila einschließen, beträgt über 25 000. Alle Verbindungen Manila's nach außen sind abgeschnitten. Die Ankunft des spanischen Geschwaders wird angestrichelt erwartet, weil die Lage unhalbar geworden ist. Kleine Schiffe der Aufständischen durchkreuzen die Bai, um die spanischen Gefangenen nach Cavite zu bringen.

Ein Telegramm des General-Gouverneurs der den größten Theil der Philippinen bildenden Visayas-Inseln und Mindanao meldet die völlige Niederlage der Aufständischen. Ihr Anführer Arce, der Stellvertreter Aguinaldo's, sei gefallen. In der Depesche des Gouverneurs heißt es weiter, daß in den ganzen großen, ihm unterstellten Landstrichen Ruhe herrsche. Die malaisischen Hauptanführer in Mindanao seien beim spanischen Gouverneur erschienen mit der Erklärung, sie wählten, daß Krieg mit den Vereinigten Staaten bestände und sie wären bereit, Mann für Mann zur Verteidigung der Souveränität Spaniens an der Seite der Spanier zu kämpfen.

Nach Meldungen aus Hongkong soll Aguinaldo sich in Cavite in der alten Residenz des Generalgouverneurs von Spanien inskalliren. Die Insurgenten sollen 5000 spanische Gefangene haben.

Von amerikanischer Seite wird gemeldet und zwar aus San Francisco vom heutigen Tage:

General Merrit geht heute Vormittag 10 Uhr an Bord des „Newport“ in See, ohne die Abfahrt der Transportdampfer abzuwarten, und begiebt sich nach Honolulu, wo Kohlen eingekommen werden, und von dort mit größter Beschleunigung nach Manila, wo er eine Woche früher als die dritte Expedition eintreffen dürfte. General Merrit wird unmittelbar nach seinem Eintreffen vor Manila eine Proklamation erlassen, in welcher den Bewohnern mitgeteilt wird, daß Merrit Vertreter der Vereinigten Staaten sei, daß er eine provisorische Regierung einrichten werde und daß die Autorität derselben respektiert werden müsse. In der Proklamation versichert er ferner die Bewohner, daß er nicht komme, um sie zu unterdrücken, sondern um sie zu befreien und ihnen die vollste Unabhängigkeit zu gewähren, welche vereinbar sei mit der Wahrung der gesetzlichen Ordnung, und fügt hinzu, die persönlichen und die Eigenthumsrechte würden respektiert werden.

Im englischen Unterhause wurde gestern der spanisch-amerikanische Krieg auch behandelt. Gourley fragte, ob Marine-Soldaten und Matrosen mit Genehmigung Dewey's von Großbritannien und anderen europäischen Mächten zum Schutze ihrer Staatsangehörigen auf Manila gelandet seien. Goshen erklärte, es sei kein Bericht über eine solche Landung eingetroffen. Dalziel fragte, ob es sich bestätige, daß die spanische Regierung Abmachungen getroffen, wonach das spanische Geschwader durch den Agenten einer britischen Firma in Port Said mit Kohlen versehen werde, und ob gemäß der Neutralitäts-Erklärung Vorsichtsmaßregeln getroffen seien, daß nur genügende Kohlen geliefert werden, damit die Flotte den nächsten spanischen Hafen erreichen könne. Balfour erwidert, die Regierung habe keine Information im Sinne des ersten Theiles der Anfrage erhalten, die egyptische Regierung werde in egyptischen Häfen Neutralität ebenso wie England in den britischen Häfen beobachten.

In Madrid erklärte heute der Marineminister, er glaube, das Geschwader Camara's passire heute den Suezkanal.

Eine Depesche der New-Yorker „Tribune“ aus Kairo meldet, die egyptische Regierung habe bestimmte Mittheilung, daß die spanischen Kohlenfahrer 9000 Tons Kohlen führen. Die Regierung habe daher den Gouverneur von Port Said angewiesen, dem Admiral Camara mitzutheilen, daß er unter keinerlei Vorwand die Erlaubnis erhalten könne, Kohlen einzunehmen.

Die weiteren Anstrengungen Spaniens werden bei der ganzen Lage der Dinge vergeblich sein. Heute wird aus Madrid gemeldet: Die Königin-Regentin wird heute ein Dekret unterzeichnen, in welchem die Ermächtigung erteilt wird, unzerstörlich in Cadix eine Hilfskreuzer-Division zu formiren. Diefelbe soll aus vier für den Krieg ausgerüsteten Dampfschiffen bestehen.

Zu Gunsten der amerikanischen und spanischen Gesellschaften vom Nothen Kreuz hat das Central-Komitee der Deutschen Vereine vom Nothen Kreuz einen Aufruf zum Zwecke von Geldsammlungen erlassen.

Das Central-Komitee selbst hat für den angeführten Zweck die Summe von 10000 M. an der Spitze gezeichnet.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 40. Heft des 15. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervorzuheben: Die Hauptwahlen. — Die Wahlen in Frankreich. Von Dr. W. Krieger. — Hölzer vom letzten Jahre. Eine kritische Plauderei von Otto Ernst. (Schluß). — Die Wahlen in Belgien. Von Emil Vandereynde. — Der soziale Boden der jüngsten Ereignisse in Italien. Von S. N. Diweff. I. — Frühlings-Verkehrswirtschaft. („Barometer“) Von A. Raßon-Borscher. Autorisierte Uebersetzung von Alfred Götz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stuttgart, 29. Juni. („Frankf. Ztg.“) Gestern hat die definitive Konstitution der „Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt“ mit dem Sitz in Stuttgart stattgefunden. Der Zweck der mit einem Aktienkapital von 800 000 M. gegründeten Gesellschaft ist die Förderung der Luftschiffahrt mittels leuchtbarer Luftfahrzeuge, zunächst auf Grundlage des von dem Grafen Zeppelin ausgearbeiteten Entwurfs, die Durchführung der nöthigen Vorarbeiten zur Erweiterung der bisherigen Kenntnisse über die Bewegungsverhältnisse im Luftmeer und andererseits die Ausföhrung und Erprobung von Luftfahrzeugen. Nach Vollenbung der erforderlichen Vorarbeiten, die wohl inklusive der Aufstellung eines am Bodensee zu erbauenden Magazins oder Ballonhauses nebst Gasfabrik bis zum nächsten Frühjahr dauern werden, ist beabsichtigt, mit dem Bau des Fahrzeuges zu beginnen, mit dem sodann voranschreitend im Sommer des nächsten Jahres die ersten Versuchsfahrten über den Bodensee vorgenommen werden sollen.

Oedenburg, 29. Juni. Ein furchtbares Unwetter richtete im Oedenburger und Eisenstädter Komitat kolossalen Schaden an. In vielen Gegenden ist die ganze Ernte durch Hagelschlag vernichtet worden, auch wurden viele Personen verletzt.

Paris, 29. Juni. (B. Z. V.) In dem heute Nachmittag abgehaltenen Ministerrathe wurde über die morgen im Parlament zu verlesende Erklärung Beschluß gefaßt, sodann wurde die Dreijahres-Angelegenheit eingehend besprochen. Sollte morgen eine Interpellation über diese Angelegenheit eingebracht werden, so wird die Regierung Vertagung derselben verlangen, damit Tabaigne in die Lage versetzt werde, die einschlägigen Akten durchzuarbeiten.

Rom, 29. Juni. (B. Z. V.) Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß das Kabinet wie folgt konstituirte ist: Pelloux Präsidium und Inneres, Canavaro Außenwärtiges, der Deputirte Finocchiaro-Aprile Justiz, der Deputirte Carcano Finanzen, der Senator Bacchelli Schatz, der General die San Marzano Krieg, der Deputirte Admiral Palumbo Marine, Baccelli Unterrichts, der Deputirte Lacava öffentliche Arbeiten, der Deputirte Fortis Ackerbau und der Deputirte Ruzio Raffi Post und Telegraphen. Die Minister werden morgen Vormittag dem Könige den Eid leisten.

Rom, 29. Juni. (B. Z. V.) Die Sternwarte am Collegium romanum verzeichnete heute früh 4 Uhr 57 Min. ein leichtes Erdbeben, welches auch von der Sternwarte in Rocca di Papa gemeldet und dort verspürt wurde. Der gleiche Erdstoß wurde auch in Poggio Marteto wahrgenommen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieses Erdbeben mit dem in Aletti in Zusammenhang steht.

Niess, 29. Juni. (B. Z. V.) Heute Morgen setzte ein neuer Erdstoß, der jedoch keinen Schaden anrichtete, die Bevölkerung in Schrecken.

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

Alle diejenigen Arbeiter und Arbeitgeber, die bis zum heutigen Tage noch nicht in den Wählerlisten verzeichnet stehen, werden hierdurch zum letzten Male aufgefordert, sich einzutragen zu lassen.

Die Einzeichnung erfolgt nur noch heute in der Zeit von 5-8 Uhr abends in folgenden Lokalen:

- Poststr. 16, Zentralbureau, und in den Turnhallen der folgenden Gewerkschaften: Tempelhofer Ufer 2; Strausbergerstr. 9; Schmidstr. 38; Stalinerstr. 55/56; Kastanien-Allee 82; Gipsstr. 23a; Pantstraße 8 und Thurmstraße 86.

- In nachstehenden Lokalen können die Arbeiter Berlins sich formell zum Einzeichnen in die Wählerlisten für die Gewerbegerichtswahl beschreiben:
Mörchel, Lindenstr. 35/36. Linke, Zimmerstr. 33. Preuß. Neue Friedrichstr. 20. Werner, Wollstr. 59. Schönheim, Gräferstr. 8. Müller, Gräferstr. 31. König, Vellalancienstr. 74a. Rubeil, Lindenstr. 106. W. Börner, Ritterstr. 15. Böniy, Brandenburgerstr. 54. Dorn, Spittelmarkt 1. Ede Sendelstr. Erbe, Kuynstr. 25. Tolksdorf, Wollstr. 58. Streit, Rammstr. 88. Heinrich, Rammstr. 78. Goltz, Grünauerstr. 3. Seidler, Matiborstr. 16. Jabel, Frankfurter Allee 90. Scheere, Blumenstraße 38. Loz, Grüner Weg und Kopenstr. Ede. Köpnic, Schilling- und Magazinstr. Ede. Meul, Barnimstr. 42. Schmidt, Leutenstr. 5. Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27. Schappach, Marienburgerstr. 9. J. Pfarr, Pustischtr. 10. Köhler, Galtwinstraße 11. Kleinert, Wollstr. 7a. Bringmann, Prinzen-Allee 21. Knoblich, Soldinerstr. 36. Klose, Gutmacher, Anklamerstr. 41. Augustin, Kastanien-Allee 11. Blaurod, Gipsstr. 18. Arbeitsnachweis der Lithographen Neue Friedrichstr. 86. Arbeitsnachweis der Buchdrucker, Ritterstr. 88. Arbeitsnachweis der Holz- und Metallarbeiter, Annenstr. 39. Arbeitsnachweis der Buchbinder, Annenstr. 50. Helbig, Barbier, Ulfendstraße 9. G. Schulz, Kottbuser Thor, Admiralstr. 40a. Börner, Mühlstr. 10a. Siegmund, Eißnerstr. 9. Arbeitsnachweis der Schneider, Annenstr. 9. Hoppe, Wollstr. 145. Schroll, Barbier, Landwehrstr. 3. Spaeth, Weinstr. 28. Dreiser, Mühlstr. 218. Horch, Gipsstr. 27. Knütlich, Hirtenstr. 10.

Alle Anfragen im Gewerkschaftsbureau, Annenstr. 16 I, in der Zeit von 9-1 Uhr und 6-8 Uhr. Die Berliner Gewerkschafts-Kommission. J. A. Rud. Millarg.

Der Sekretär

der freikonservativen Partei als Kläger.

Zur Verhandlung der belandeten Beleidigungssache des Schriftstellers Karl E. Zint gegen den Redakteur des „Vorwärts“, August Jacoby, und den Reichstags-Abgeordneten August Webel stand heute unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsraths Hand Lertin zur Hauptverhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht an. Dem Kläger stand Rechtsanwalt Dr. Marwiz, den Beklagten Rechtsanwalt Dr. Herzfeld zur Seite. Abg. Webel hat belauscht in der Sitzung des Reichstages vom 15. Dezember 1897 dem Privatkläger, der die belandete Verschönerung des Nordmarchers Fischer redigiert hat, den Vorwurf gemacht, daß er von dem Vorstande des Vereins Berliner Presse den Rath erhalten habe, auf Grund ihm belandete geordnete Ehrenrühriger Handlungen des Zint aus dem Verein auszutreten. Er beschuldigte ihn ferner, daß er vor einigen Jahren bei seinem Aufenthalt in Amerika Wechselbillsfälschungen begangen haben sollte. Diese Beschuldigungen erklärte der Privatkläger zwei Tage darauf in der „Post“ für Verleumdungen. Webel erwiderte am 18. Dezember im „Vorwärts“, daß es sich allerdings nicht um eine Wechselbillsfälschung, sondern um die Uebergabe werthloser Cheques als Zahlung gehandelt habe, von denen der Redakteur Zint gewußt habe, daß sie werthlos seien. Nachdem die Presseartikel noch eine Zeit lang hindern und Herüber gegangen war, veröffentlichte Abg. Webel am 19. Januar im „Vorwärts“ abermals eine Erklärung, die nun die Grundlage der Privatklage bildet. Abg. Webel behauptete darin, daß die erste Angabe seiner Gewährsmänner richtig gewesen sei, und der Redakteur Zint sich in Chicago in mehreren Fällen der Wechselbillsfälschung schuldig gemacht habe. Auch diese Behauptungen erklärt der Privatkläger für Unwahrheiten. Er beruft sich auf ein Schreiben des Vorstandes des Vereins Berliner Presse, der ihm bestätigt hat, daß er seinen Austritt freiwillig erklärt habe. Im übrigen hat der Privatkläger einen Beweis für die Unwahrheit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen angetreten, um darzutun, daß die Wechselbills, die er in Amerika ausgegeben, keineswegs gefälscht waren, die Akzeptanten vielmehr existirten.

Während die Angeklagten bestrebt waren, einen umfangreichen Wahrheitsbeweis für alle in der Erklärung behaupteten Thatsachen zu erbringen, erklärte der Vorsitzende, daß nur der Wahrheitsbeweis bezüglich der Wechselbillsfälschung angetreten werden sollte, da das der Kernpunkt der Sache sei. — R. A. Dr. Herzfeld: Ich stimme dem Vorsitzenden darin bei, daß einer der wesentlichsten Punkte der Anklage die Wechselbillsfälschung ist. Da aber auch die übrigen Behauptungen der Erklärung unter Anklage gestellt sind, so muß es uns gestattet sein, auch dafür den Wahrheitsbeweis anzutreten. — Vorsitzender: Darunter würde die Verhandlung leiden. Nachdem der Kläger Monate lang gewartet hat, hat er wohl Anspruch darauf, daß der Vorwurf der Wechselbillsfälschung kurz und bündig bewiesen wird. — Rechtsanwalt Marwiz: Ich habe gestern vom Anwalt der Angeklagten einen langen Schriftsatz zugesandt bekommen, der von meinem Bureau angenommen ist. Ich habe ihn sofort zurückgeschickt, da ich keine Veranlassung habe, ihn am letzten Tage anzunehmen. Ich werde mich aber trotzdem auf die Sache einlassen. — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Das war von mir lediglich eine Höflichkeit, denn ich bin doch gar nicht verpflichtet, vorher zu sagen, in welcher Weise ich den Beweis erbringe. — Rechtsanwalt Dr. Marwiz: Ich hatte keine Veranlassung, von dieser Höflichkeit Gebrauch zu machen.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld legt zunächst einen Wechsel über 25 Dollar vor, datirt Chicago den 11. März 1893, gezogen von C. D. Sweetland u. Co. auf Jackson Lumber Co. South Bend, an die Ordre von C. E. Zint, indossirt von Charles E. Zint, Wm. H. Jung nebst dem Protest des Notars Willis H. Ruggie vom 14. März 1893. Der Wechsel trägt die Unterschrift C. D. Sweetland u. Co., an der Seite steht roth gestempelt abgetrennt am 14. März 93. Er trägt aber keine Unterschrift, ist also nicht angenommen worden. Angehört ist ein Protest, der die Nichtannahme beurkundet. Ferner legt der Verteidiger ein Affidavit (eidesstattliche Versicherung vor einem Notar) vor, aus welchem sich ergibt, daß eine Firma C. D. Sweetland u. Co. am 11. März 1893 gar nicht existirt hat. Entweder hat der Kläger selbst den Namen geschrieben, oder aber er ist mit seiner Genehmigung geschrieben. Er hat also von einer Urkunde Gebrauch gemacht, von der er wußte, daß sie gefälscht war. Das ist nach unserem Strafbuch und nach dem der Vereinigten Staaten eine Wechselbillsfälschung. — Vorsitzender: Also, Sie sprechen den Verdacht aus, daß Zint den Namen darunter gesetzt hat. Nun wird Ihnen ja doch bekannt sein, daß sich ein Herr Sweetland gemeldet hat, der behauptet, er hätte seinen Namen selbst darunter geschrieben. — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld macht über Sweetland folgende, ihm notariell beschriebene Angaben: Derselbe war vor dem Jahre 1886 im Holzgeschäft in Salamagoo im

Staate Michigan und fallirte dort. 1886 kam er nach Chicago und wurde Mitglied der Holzfirma Sweetland u. Stevens. Diese Firma ging 1887 zu Grunde unter Hinterlassung zahlreicher unbezahlter Verbindungen. Danach begann Sweetland ein Gut- und Schuhwaren-Geschäft, das nach einigen Monaten auf Grund eines Unkenntniß-Urtheils geschlossen und vom Gerichtsvollzieher ausverkauft wurde. Seitdem bis auf den heutigen Tag und insbesondere im Juni 1892 und März 1893 war Sweetland vollständig mittellos. Er erwarb sich, indem er Wuchern beim Ankauf von Wechseln und Hypotheken als Mittelmann diente. Daß die angebliche Firma Sweetland u. Co. nicht existirte, wird bewiesen durch ein von dem Kläger selbst überreichtes Zeugniß, in welchem ein Notar bescheinigt, daß er die Kreditsbücher von Chicago für 1892 und 1893 durchgesehen hat, und daß darin der Name C. D. Sweetland sich findet. Der Notar schreibt aber nichts davon, daß die Firma, um die es sich hier handelt, in dem Kreditsbuch steht. — Vorsitzender: Sollte es denn keine durchschlagenderen Beweise geben? Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Reines Wissen giebt es in Chicago kein Handelsregister. Angell. Webel: Es handelt sich um mehrere Wechsel, und außerdem wollen wir ja den Beweis erbringen, daß Sweetland überhaupt ein zweifelhaftes Subjekt ist. — Vorsitzender: Das ist etwas ganz anderes. Wir müssen streng bei der Sache bleiben und jeden einzelnen Punkt hier durchgehen. Rechtsanwalt Dr. Marwiz: Uns liegt natürlich alles daran, die Sache vollständig aufzuklären. Ich habe gestern beim amerikanischen Vorsteher angefragt, ob er bereit wäre, als Zeuge zu erscheinen, und er hat erklärt, daß er auf telephonische Bestellung kommen würde. Es wäre wohl zweckmäßig, ihn als Sachverständigen zu vernehmen. Vorsitzender erwidert, daß er sich nicht für befugt halte, entgegen dem bestehenden Verbot mit auswärtigen Behörden vor Gericht zu verfahren. Dazu bedürfte es der Einwilligung des Ministers. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Ich bitte zunächst, die einzelnen Beweisanträge vorbringen zu dürfen. Ich habe mich zunächst auf das Zeugniß des Herrn Jung bezogen, daß die genannte Firma zu jener Zeit nicht existirte. Ich habe mich ferner darauf bezogen, daß unmittelbar, nachdem Jung den Cheq bekommen hatte, er durch das Benehmen des Klägers, als er ihn zur Rede stellte, die Ueberzeugung gewann, daß die Unterschrift mit seinem Wissen gefälscht war. Ich beziehe mich ferner auf das Gutachten des Schreibverfassers hier in Berlin, daß die Unterschrift C. D. Sweetland u. Co. nicht herrührt von derjenigen Person, die das Affidavit gemacht hat, worin Charles D. Sweetland behauptet, daß die Firma Sweetland existirte. Auch belandete dieser Herr ja nicht, daß er den Wechsel unterschrieben hat, sondern er sagt nur, wenn er ihn sieht, würde er sagen können, er hat ihn unterschrieben. Ich beziehe mich ferner auf die Entstehungsgeschichte des Wechsels. Sweetland giebt nämlich an, er habe drei Wechsel über je 1250, zusammen also über 3750 Dollar an die Jackson Lumber Co. für 3000 Dollar im Juni 1892 verkauft, dem Zint darauf a conto 2975 Dollar bezahlt. Die Jackson Lumber Co. habe ihn im März 1893 instruiert, den fraglichen Wechsel über 25 Dollar zu ziehen und auch mitgetheilt, daß derselbe vorläufiglich honoirt werden würde. Demgegenüber stelle ich unter Beweis: 1. Der Kassirer der South Bend National Bank zu South Bend wird belandete, daß am 11. März 1893 oder überhaupt im Jahre 1893 in South Bend eine Firma Jackson Lumber Co. nicht bestanden hat; ferner, daß ein Herr Newton Jackson früher unter der Firma Jackson Wood Manufacturing Co. in South Bend Geschäfte gethan, aber vor 1893 fallirte und 1892 und 93 gar keine Mittel besaß, auch ungültig vertrieben, weil die Schulden aus seinem Konkurs noch nicht bezahlt waren, irgend welches Eigentum in seinem Namen zu besitzen und sein Konto auf den Namen A. Jackson Agent führte, um dadurch zu zeigen, daß ein etwaiges Guthaben nicht ihm persönlich, sondern ihm als Agent für andere gehört. Dies beweisen auch die vom Privatkläger selbst überreichten Cheqs, die beide gezeichnet sind „A. Jackson Agt.“. Es ist also klar, daß die Angaben des Sweetland, Newton Jackson sei im Juni 1892 Hauptinhaber einer Firma Jackson Lumber Co. gewesen, diese Firma habe für 3000 Dollar Wechsel gekauft, unwahr ist. Es liegt eben auf der Hand, daß der Privatkläger, der damals Angestellter des Herrn A. Cors in Chicago war und sich in gedrängter Lage befand, weder für 3750 Dollar Wechsel zu verkaufen hatte, noch, wenn er sie zu verkaufen gehabt hätte, einen Rest von 25 Dollar des Kaufpreises von Juni 1892 bis März 1893 bei Sweetland hätte stehen lassen oder daß die Firma Jackson Lumber Co. von dem Kaufpreis von 3000 Dollar 25 Dollar erst 9 Monate nach Anlauf der Wechsel bezahlt hätte. Ich beziehe mich ferner auf das Zeugniß des Rechtsanwalts Moses J. Rieker in Chicago, der behauptet wird, daß Herr Sweetland betrügerische Manipulationen vorgenommen hat und daß er ein Mann ist, der den allerwichtigsten Vorzug genießt, dem man in Chicago selbst nicht glauben würde, was er unter seinem Eid auszusagt.

Vors.: Was sollte es denn für einen Zweck haben für Herrn Zint, statt „Sweetland“ unter den Wechsel zu setzen „Sweetland u. Co.“? Wenn Sweetland wirklich ein so fauler Kunde war, so würde doch gerade der Name eines so anrüchlichen Neudings höchst unzuverlässig gewesen sein, um daraus eine Wechselbillsfälschung zu bezwecken. — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Das hatte den Zweck, den Wechsel als einen Geschäftswechsel zu kennzeichnen. — Angell. Webel: Es ist doch sehr wahrscheinlich, daß Jung den Wechsel im Vertrauen darauf, daß Zint ihm sagt, derselbe ist gut, genommen hat. Im übrigen bitte ich, daß wir feststellen, was an den einzelnen Punkten wahr ist. Da es sich nicht um einen, sondern um mehrere Fälle handelt, und da ich noch von verschiedenen Seiten herausragende Dinge über Herrn Zint gehört habe, so habe ich doch keinen Grund, an der Aufrichtigkeit meiner Gewährsmänner zu zweifeln, die mir als Ehrenmänner geschildert sind. — Vors.: Das gehört wohl mehr ins Klaidoyer. Auch bitte ich, da das Verfahren ein mündliches ist, nicht auf die Schriftsätze Bezug zu nehmen, die ich ja nicht mehr so im Gedächtnis haben kann. — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Ich beziehe mich zum Beweise für die Richtigkeit meiner Behauptungen auf das Zeugniß des Kassirers der Nationalbank zu South Bend. — Vors.: Haben Sie denn keine berufeneren Person, die darüber Auskunft geben kann? — Angell. Webel: Es ist doch dem Angeklagten gestattet, die Beweise zu erbringen, die er zur Verfügung hat. — Vorsitzender: Ich nehme Ihnen das auch nicht übel, ich will Ihnen nur Gelegenheit geben, noch weitere Beweise zu erbringen. — Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Man hat in den Vereinigten Staaten nicht solche Behörden wie hier. Deshalb beziehe ich mich auf den Kassirer der Bank als die geachtetste und angesehenste Person der Stadt.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Was den Wechsel des Restaurateurs Heinrichs betrifft, so lege ich auch den im Original vor. Als Grund für die Nichtzahlung desselben ist angegeben „Not in Town.“ (Nicht in der Stadt.) Hierzu liegt ein Affidavit vor, wonach Zint am 27. Mai 1893 in die Klubräume kam und der Kassirerin einen Wechsel auf 30 Dollar übergeben habe. Der Restaurateur Heinrichs habe, bald nachdem dieser Wechsel sich als werthlos herausgestellt habe, den Schriftstellers Wolf von Schierbrandt und Dr. Paul Haebide, beide jetzt in Berlin, mitgetheilt, er habe mit Zint gesprochen. Dieser habe ihm zugestanden, daß er ihn um 30 Dollar betrogen habe und daß die Akzeptantenunterschrift des Trassaten gefälscht sei, er habe geweint und gejammert und an sein Mittel appellirt, da seine Gattin auf dem Wochenbett liege. Auch habe er ihm die 6 Dollars, die er noch in seinem Besitz hatte, angeboten, wenn er ihn nicht klammern wolle. Heinrichs habe darauf verzichtet und den Vorfall den Klubmitgliedern erzählt, die darüber ungeheuer erregt waren. Dafür, daß Newton Jackson damals nicht etwa nur vertrieben war

— was durch die Worte „out of Town“ ausgedrückt wird — beziehe er sich auf das Zeugniß des Kassirers der Bank, der belandete wurde, daß A. Z. überhaupt zu jener Zeit nicht mehr in der Stadt wohnte; ferner auf das Zeugniß des Restaurateurs Richard Joel zu Chicago. Letzterer werde auch belandete, daß bezüglich des Zint ähnliche Fälle, wo nur die Wechsel nicht produziert werden können, in Chicago vorgekommen sind zu der Zeit, als Zint dort war. Weiter werde der Redakteur Speyer in Kansas City belandete, daß Zint in Mexiko 1893 bis 1898 sich dadurch betrügerischerweise Geld verschaffte, daß er verschiedenen Banken werthlose Wechsel gab. Gegenüber diesen Behauptungen bemähte sich der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Marwiz, die Aufmerksamkeit lediglich auf den einen Punkt, den Vorwurf der Wechselbillsfälschung zu lenken. Er verurtheilte, den Sweetland als durchaus glaubwürdig und Heinrichs als unzuverlässig hinzustellen. Die Hereinziehung weiterer Vorwürfe gegen Zint erklärte Rechtsanwalt Dr. Marwiz ein Zugeständnis der Angeklagten, daß das, was sie bisher vorgebracht haben, außerordentlich schwach sei und nicht bewiesen werden könne. Auf die anderen Vorwürfe könne er erst dann eingehen, wenn der Angeklagte den Vorwurf der Wechselbillsfälschung bewiesen habe. Durch einen Brief des Kassirers, den der Kläger vorlegte, solle bewiesen werden, daß Newton Jackson sich 1893 nur vorübergehend in Chicago entfernt habe. Thatsächlich steht aber in dem Brief, Newton Jackson habe 1893 ein Haus nahe der Ausstellung gemietet und dies möblirt weiter vermietet; wenn auf dem Wechsel steht „out of Town“, so werde dies wohl richtig sein. Nun befinden sich aber, wie Rechtsanwalt Dr. Herzfeld nachwies, auf dem Wechsel nicht die Worte „out of Town“, sondern „not in Town“, was gegen den Kläger Zint spricht. Der Gerichtshof beschloß die Vernehmung der geladenen Zeugen, um dadurch deren nochmalige Ladung zu einer späteren Verhandlung zu ersparen. Der erste Zeuge, Chefredakteur Volkraath, stellvertretender Vorsitzender des Vereins Berliner Presse, sagt aus, daß sich der Vorstand in verschiedenen Sitzungen mit der Person des Herrn Zint befaßt habe, weil dieser ehrenrühriger Handlungen beschuldigt worden sei. Nach wiederholten Verathungen habe der Vorstand dem Schriftführer anheim gegeben, dem Zint den Austritt aus dem Verein nahe zu legen. Ganz genau weiß sich der Zeuge aller Einzelheiten nicht mehr zu entsinnen.

Zeit bestimmet war die Aussage des Schriftführers des Vereins Berliner Presse, Chefredakteur Dahms. Derselbe belandete, daß ein Mitglied des Vereins dem Vorstande mitgetheilt habe, daß ehrenrührige Beschuldigungen gegen Zint vorliegen, daß er wegen Cheqschwindelen aus dem Chicagoer Pressklub ausgeschlossen sei. Herr Zint sei am 11. Mai vor dem Vorstand geladen und habe hier zunächst alle Beschuldigungen bestritten. Inzwischen sei dem Vorstande zu Ohren gekommen, daß es sich um eine Wechselbillsfälschung handle. Zint erhielt den Auftrag, nach Chicago zu schreiben, um Beweise dafür zu erbringen, daß die Beschuldigungen gegen ihn unabweisbar seien. Dieser Brief sei als unbestellbar zurückgekommen. Da nun schon in weiteren Kreisen über die Angelegenheit gesprochen wurde, so habe sich der Zeuge in Verbindung mit Siedemann direkt nach Amerika gewandt und die Antwort bekommen, daß Zint wegen Nichtzahlung von Beiträgen aus dem Pressklub ausgeschlossen sei. In dem Briefe habe ferner gelanden, Zint habe sich mehrfacher Schwindelen schuldig gemacht. Der Vorstand habe einen schlechten Eindruck davon gewonnen, daß Zint gegen denjenigen, der hier in Berlin zuerst die Mittelungen gegen ihn verbreitet habe, nicht gerichtlich vorgegangen sei. In schonendster Weise sei ihm der Austritt aus dem Verein nahegelegt, um ihn nicht zu schädigen. Zint habe zuerst nicht darauf eingehen wollen, sich aber später gefügt.

Der Kläger behauptete demgegenüber, daß er nach der ganzen Form, in der diese Angelegenheit abgewickelt worden sei, habe annehmen müssen, daß der Vorstand nichts Nachtheiliges über ihn wisse. Wenn ferner gegen ihn ins Gesicht geführt werde, daß sein dem Vorstande eingereichter Lebenslauf seinen Aufenthalt in Chicago nicht erwähne, so komme es daher, weil er dort mehr als Journalist denn als Journalist thätig gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld wies ferner darauf hin, daß Zint in Mexiko nicht, wie er in dem zur Aufnahme dem Verein „Presse“ eingereichten Lebenslauf angibt, im Auftrage der Regierung mit wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Expeditionen beauftragt, sondern zweimal ein Nummengeschäft gemacht und beide Male fallirt habe. Das letzte Mal sei er unter Hinterlassung zahlreicher Schulden geflohen. Man habe den Bankrott für einen betrügerischen gehalten, die Schulden, welche Zint in der Stadt Mexiko hinterließ, seien niemals bezahlt worden. Dies stelle er unter Zeugniß des deutschen Konsuls in der Stadt Mexiko, Paul Kostbowski.

Ein weiteres Vorstandsmitglied des Vereins Berliner Presse, Schriftsteller Schott, äußert sich in demselben Sinne wie der Zeuge Dahms. Schriftsteller Wolff von Schierbrandt, der folgende Zeuge, ist mit Zint bereits in Chicago bekannt gewesen. Der Redakteur des hiesigen deutschen Pressklubs, Heinrichs, habe ihm erzählt, daß Zint ihm einen werthlosen Cheq aufgehängt habe und der Zeuge habe später gehört, daß noch mehrere derartige Fälle gegen Zint vorlägen.

Der Angeklagte Webel erklärt, daß ihm ein Realisationsgenosse, der zu mehreren Herren auf der Tribüne zugehört habe, Mittheilung davon gemacht habe, daß Zint in Amerika Wechselbillsfälschungen beging. Er hätte durchaus keine Betanlassung, an der Zuverlässigkeit seines Gewährsmannes zu zweifeln. Gleich nach seiner Erklärung im Reichstage seien ihm von verschiedenen Städten Mittheilungen zugegangen, die ein böses Licht auf das Verhalten des Klägers und auf seinen Charakter wirfen. R. A. Herzfeld legte sodann dem Gerichtshofe verschiedene Schreiben und Zeitungsausschnitte vor, worin der Kläger einer äußerst abfälligen Kritik unterzogen wird. Der Gerichtshof beschloß endlich, einen großen Theil der von den Beklagten gestellten Beweisanträge zu erheben, den übrigen Theil aber, den er ebenfalls für erheblich ansieht, nachdem er vom Verteidiger näher begründet worden sei. Es handelt sich durchweg um Vernehmung von Zeugen, die in Amerika wohnen.

Der Erfurter Krawall vor Gericht.

Aus Erfurt wird uns vom 28. Juni berichtet: Die Tumultszener, welche sich hier an den Abenden des 24. bis 27. Mai am Wilhelmplatz, vor dem Rathhause und in den angrenzenden Straßen abspielten, werden die gestern begonnene dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode beschäftigen. Die Verhandlung beginnt am Donnerstag Vormittag 10 Uhr. Den Vorsitz führt der Erste Landgerichts-Direktor Matthes. Der Erste Staatsanwalt Wippermann vertritt die Anklage. Ursprünglich waren für den Prozeß drei Tage bestimmt, doch dürfte, wie bei Eröffnung der Schwurgerichts-Periode mitgetheilt wurde, der Aufnahmeprozeß erst am nächsten Montag endigen, indem außer den bis jetzt geladenen 81 Zeugen noch weitere Vernehmungen stattfinden werden. Außer einer Anzahl Polizeibeamten und Gendarmen werden Polizei-Inspektor Rehrig, der Ober-Bürgermeister Dr. Schmidt, Bürgermeister Lange, Generalmajor v. Krüger als Belastungszeugen geladen. Unter den 24 Angeklagten befinden sich drei, die sich bei dem Krawall ganz besonders „herausgehoben“ haben sollen. Es sind dies der als Zuhälter bekannte, wegen Gewaltthätigkeit oftmals vorbestrafte Schlosser David Oxford. Er wurde dabei ertrappt, als er einen über 6 Pfund schweren Stein, den er von dem am Wilhelmplatz damals aufgerissenen Straßentpflaster entnahm, nach einem verirrten Polizeibeamten warf und diesen auch leicht verletzte. Der ebenfalls als

gewaltthätiger Mensch bekannte und dieserhalb auch schon mehrfach erheblich bestraft. Schlosser Max Reinhardt soll mit einem sogenannten „Reichsmessner“ seine Wohnung am Hauptkranwallabend verlassen und dann mit dem scharfen Instrument in der Hand dabei betroffen worden sein, als er den Gendarm Henning aus Hochheim (bei Erfurt) stützend vom Pferde reiten wollte. Thatsächlich ist an jenem Abend das Pferd des Gendarmen durch einen Steinwurf an der Stirn, der Gendarm selbst durch einen Stich ins Gesicht leicht verletzt worden. Durch Steinwürfe sind ferner verletzt der Polizeikommissar Michels, die Exekutiv-Polizeiwachtmeister Herwig und Winger. Letzterer war infolge dessen zwei Wochen dienstunfähig. Der dritte Nädelstichführer ist der invalide Arbeiter Gustav Deubach aus Niederschönhofen (Vorstadt von Erfurt). Diefem wird zum Vorwurfs gemacht, einen Arrestanten aus der Gewalt eines Nachtwächters entlassen und nach letzterem selbst mit Steinen geworfen zu haben. Das Strafmaß der übrigen Angeklagten besteht in drohender Haltung und Drohreden gegen die Beamten. Von den beorderten Gendarmen sind insgesamt 26 Revolvergeschosse abgegeben worden, wovon 5 Personen der nach den Seiten gassen der Andreasstraße sich flüchtenden Menschenmenge getroffen wurden. Die schwerste Verletzung erhielt der Schlossergeselle Diebeskind durch einen Schuss ins Gesicht. Doch ist auch dieser vergangene Woche bereits aus dem städtischen Krankenhaus als geheilt entlassen worden. Durch Säbelhiebe der Polizei sind 14 Personen mehr oder weniger erheblich verletzt worden, getödtet wurde niemand.

Mit dem Schwurgerichtsprozess schließt der Tumult keineswegs endgültig ab, er wird vielmehr auch noch das Erfurter Landgericht beschäftigen. So ist gegen den Redakteur der „Tribüne“ vom ordnungsgemäßen Oberbürgermeister Dr. Schmidt Straf antrag gestellt, weil dieser in mehreren Artikeln das Vorgehen der Erfurter Polizei bei dem Kravall einer scharfen abfälligen Kritik unterzogen hat. Auch der Vertrauensmann der Erfurter Sozialdemokratie, der Richter Hermann Pappé, hat eine Anklage erhalten, weil er als Vorsitzender einer öffentlichen Bürger-versammlung gebildet hat, daß eine Resolution zur Annahme gelangte, die dem Oberbürgermeister Dr. Schmidt ihre Verachtung dafür ausdrückt, weil er in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung die Schuld an dem Kravall einer verheerenden Thätigkeit der Sozialdemokratie zuschob.

Kommunales.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzte Ausschuss zur Vorbereitung der Frage betreffend die ärztliche Ueberwachung der von der Waisenhaus-Verwaltung in Kostpflege gegebenen Säuglinge hat unter Vorstich des Stadtschwalbe und in Anwesenheit des Stadt-Schulratsvertrauensmanns, sowie der Stadträte Kämpf und Dr. Straßmann beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistratsantrag mit der Maßgabe anzunehmen, daß 1. so lange ein Arzt Mitglied der Waisenhausverwaltung ist, demselben die Aufsicht über die geplante Einrichtung als Deponenten übergeben wird, 2. die Kinderpflegerinnen den im Ehrenamt wirkenden Mitgliedern des Waisenraths namhaft gemacht werden, denselben subordinirt sind und die Berichte über die Säuglinge neben den Berichten aus diesen Damen zugehen lassen, 3. nach Ablauf eines Jahres über die gemachten Erfahrungen der Stadtverordneten-Versammlung ein Bericht mit den notwendigen statistischen Angaben zugeht. — Ein Antrag, daß die in Aufsicht genommenen Kinderpflegerinnen berufsmäßige Krankenpflegerinnen sein müssen und ihre Annahme durch den ärztlichen Deponenten zu erfolgen habe, erlangte nicht die Zustimmung des Ausschusses.

Die städtische Deputation hat beschlossen, vom Fiskus Theile des Thiergartens sowohl zur Verbreiterung des großen Weges in seiner ganzen Ausdehnung als auch zur Verbreiterung des Spreeweges zu erwerben. — Die Deputation hat ferner beschlossen, die von dem Grundbesitzer-Verein Königstadt angestrebte Verlängerung der Elisabethstraße bis zur Alexanderstraße, um welche derselbe in einer Eingabe an den Magistrat petitionirt hat, zur Zeit mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Verhältnisse abzulehnen.

Kokales.

Das Berliner Gewerbegericht genießt bei den Arbeitgebern wenig Vertrauen. Sie behaupten, daß vor diesem Gericht der Arbeitgeber nur selten Recht bekomme und lassen durchblicken, daß hier nicht unparteiisch gerichtet werde. Diese Ansicht wird jetzt, aus Anlaß der bevorstehenden Ergänzungswahlen zum Gewerbegericht, in der bürgerlichen Presse mehrfach zitiert und auf den Umstand zurückgeführt, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig nicht bloß die Seite der Arbeitnehmer-Beisitzer, sondern auch einige der Arbeitgeber-Beisitzer inne hat. Zur Beurtheilung der Frage, ob die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer häufiger vor dem Gewerbegericht unterliegen, bringen die vom Magistrat veröffentlichten Berichte über die Thätigkeit des Berliner Gewerbegerichts leider nur wenig Material bei. Das Gericht besteht jetzt 6 Jahre, seit April 1893, die Verurtheile sind aber erst für die ersten 4 Jahre veröffentlicht. Danach sind von den Prozessen — soweit es zum Urtheil kam und der Prozess nicht (was allerdings bei etwa fünf Sechstel aller der Fälle war) durch Vergleich, Zurücknahme, Versöhnung u. s. w. beendet wurde — abgewiesen worden in den Jahren

1893/94	94/95	95/96	96/97
13	70	49	93 1/2 pCt. der durch Arbeitgeber,
aber 38	72	82 1/2	85 1/2 pCt. der durch Arbeitnehmer

angestrichenen Prozesse. Die Prozentsätze weichen in der einen wie in der anderen Reihe in den einzelnen Jahren sehr von einander ab, — namentlich der Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Jahre fällt auf, — sie sind aber bei den Arbeitnehmern stets höher als bei den Arbeitgebern. Man könnte also eher sagen, daß das Gegentheil von dem der Fall ist, was die Arbeitgeber und die für sie eintretenden Vorkörper über die Rechtsprechung der Gewerbegerichte behaupten oder andeuten. Wenn man, wie es in den Berichten geschieht, der Berechnung des Prozentsatzes der Abweisungen nur diejenigen Prozesse zu Grunde legt, bei denen die Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer als Kläger auftraten, also — im allgemeinen — selber geklagt haben werden, im Rechte zu sein, dann ergibt sich, daß thatsächlich gerade die Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht verhältnismäßig oft Recht bekommen als die Arbeitnehmer. Es ist eben ganz selbstverständlich, daß Sozialdemokraten, auch wenn es sich um ihre Arbeitskollegen handelt, als Richter unparteiisch sind und nach dem Geiste urtheilen, — so sehr sie daneben als Arbeiter bedauern, daß die Gesetze vielfach der Arbeiterklasse von vornherein ungünstig sind und zu einer Abweisung des Arbeitnehmers zwingen. Wenn den Arbeitgebern selbst das nicht gelingt, wenn sie trotzdem so thun, als seien die sozialdemokratischen Beisitzer parteiisch, so kann man daraus ersehen, wozu die Arbeitgeber die Gewerbegerichte mißbrauchen möchten, und warum sie und die bürgerliche Presse auch die Arbeitnehmer-Seite von Leuten ihres Schlages besetzt zu sehen wünschen. Rein, die Gewerbegerichte sind in den besten Händen, wenn die Sozialdemokratie den bestimmenden Einfluß auf die Wahl der Beisitzer ausübt! Dann ist es aber um so notwendiger, daß alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter sich an der Einzeichnung in die Wählerlisten betheiligen, um im September ihr Wahlrecht in diesem Sinne ausüben zu können.

Städtische Werkzeugschule in Berlin. Aus dem Rathhause wird berichtet: In den Zeitungen ist wiederholt auf die Nothwendigkeit einer staatlichen oder städtischen Werkzeugschule für die Metallindustrie in Berlin hingewiesen worden. Der Wunsch einer solchen Schule oder eines „Technikums“ war bisher für Berliner mit großen Kosten verknüpft, weil nur außerhalb, wo die freie Wohnung und Verpflegung bei den Eltern wegfällt, dazu Gelegenheit war. Die Gewerbe-Deputation hat beschlossen, hier eine derartige Schule unter dem Namen „Lageschule für Maschinen-

bauer“ an der hiesigen Gewerbe-Abtheilung Ballaststraße 10 im Oktober zu eröffnen. Die Anstalt hat den Zweck, jungen Maschinenbauern und den Angehörigen verwandter Berufsarten nach vollendeter Lehrzeit eine Ergänzung ihrer theoretischen Ausbildung zu geben, so daß sie fähig werden, als Werkführer, Monteure oder als Techniker mit Erfolg thätig zu sein. Der Kursus ist einjähriger. Unterrichtsgegenstände sind: Mathematik, Physik, Chemie, Mechanik, Maschinenlehre, Elektrotechnik, Technologie und Fachzeichnen. Nähere Auskunft ertheilt der Direktor Grabowski, N. Thurmstr. 34.

Menschenleben in Gefahr. Es wird berichtet: Dieser von der Feuerwehr unter allen Umständen und mit größtmöglicher Schnelligkeit zu respektirende Alarmruf ist in neuerer Zeit wiederholt gemißbraucht bzw. auf Fälle angewendet worden, in denen eine Gefährdung von Menschenleben aus nicht entfernt vorlag. In erhöhtem Maße geschah dieses gelegentlich des großen Unwetters vor 8 Tagen, wo einzelne Polizeireviere mit jenem Alarmruf geradezu bestärmt wurden. Da naturgemäß nach angeblich schwer bedrohten Stellen ein größeres Rettungsaufgebot dirigirt wird, erwächst durch solche Falschmeldungen der Feuerwehr nicht nur eine größere Anstrengung, sondern es ist auch nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise, wenn auch nur vorübergehend, Löschzüge von wirklich gefährdeten Orten zurückgezogen werden müssen, um einer vermeintlichen Gefahr zu begegnen. Aus diesem Grunde erfolgt jetzt seitens der Feuerwehrleitung eine nachträgliche genaue Prüfung jeder einzelnen auf: „Menschenleben in Gefahr!“ lautenden Meldung. Ergiebt sich, daß, wie beispielsweise bei dem Gewitter vor acht Tagen, in vielen als dringend gemeldeten Fällen eine Gefahr für Menschenleben nicht vorlag, so wird das Strafverfahren gegen diejenigen Personen eingeleitet, die die Falschmeldung verschulden. Augenblicklich sind in dieser Richtung umfangreiche Recherchen im Gange. Aber auch abgesehen von den strafrechtlichen Folgen, die solche Fälle nach sich ziehen können, sollte jeder beherzigen, daß beim Greinbruch von elementaren Ereignissen, namentlich starken Gewittern, sobald gleichzeitig dieselbe Kalamität an verschiedenen Stellen ausbricht, jede unbesorgte Dringlichkeitsmeldung zwecklos ist, da die Wehr sofort wieder abrückt, falls eine unmittelbare Gefahr nicht vorliegt oder sie anderweitig dringend benötigt ist. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die Feuerwehr in solchen Fällen, wo es sich um Beseitigung eines Verkehrshindernisses, um Herausziehung eines Pferdes aus einer Grube u. dergl. handelt, nur dann eingreift, wenn sie dazu polizeilich aufgefordert wurde. Privat-Alarmrungen sind in solchen Fällen nicht nur zwecklos, sondern ziehen auch unter Umständen dem Meldenden eine Anklage zu.

Was die strafrechtliche Verfolgung anbetrifft, so kann eine solche doch nur einen Sinn haben, wenn sich herausstellt, daß die Alarmierung auf frivole Weise veranlaßt worden ist, nimmermehr aber in solchen Fällen, wo der Melder etwa in der Angst die vorliegende Gefahr überschätzt hat.

Die Ungastlichkeit der Freisinnigen, die wir in unserer Sonntagsnummer feststellten, wird, wie wir in der Mittwochsmummer erwähnten, von diesen Herren bestritten. Unser Gewährsmann erklärt, durchaus nicht den Freisinnigen zugestehen zu können, daß nur in scherzhaftem Ton geäußert worden sei, alle Anwesenden seien jetzt wohl Mitglieder des Vereins Waldes. Vielmehr ist durchaus ernsthaft gesagt worden, alle Nichtmitglieder, mit der Vorbemerkung auf anwesend gewesene Sozialdemokraten, hätten nun wohl den Saal verlassen. Die Ernsthaftigkeit dieser Aufforderung wird durch die Thatfache bewiesen, daß Freisinnige, die nicht dem Verein Waldes angehörten, wegen dieses Winkes mit dem Jauchpfahl den Saal verlassen wollten und nur durch gütliches Zureden anderer Herren blieben. Der Herr, der eine „Verichtigung“ einbrachte, hat die Aufforderung zum Verlassen des Saales wegen des wüsten Lärmes wahrscheinlich mißverstanden oder überhört! — Auch möchten die Freisinnigen den brutalen Lärm, der fortwährend in der Sitzung herrschte, gegen den Sozialdemokraten in die Schube schieben. Wir können erklären, daß die Herren selber einen derartigen Spektakel machten, daß es gar nicht möglich war, diesen zu überbieten oder gar zu verstärken. So lauge unser Gewährsmann anwesend war, und das war in der Hauptzeit der Bekanntmachungen der Wahlergebnisse, war nicht die geringste Störung durch Sozialdemokraten zu bemerken. Wohl aber mußte der Vorliegende sich die Stelle aufschreiben und mündlich seine Namen zur Ruhe klingeln, wenn er sprechen wollte.

Die Herren Freisinnigen mögen uns also mit ihren „Verichtigungen“ vom Halbe bleiben und ihren Anhängern erst einmal beibringen, wie man sich in Versammlungen zu benehmen hat.

Eine Verabingung von Mitgliedern der Königl. Eisenbahndirektion, des Polizeipräsidenten, des Magistrats und der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske beschloß gestern Mittag im Polizeigebäude am Alexanderplatz mit der künftigen Straßenbahn-Anlagen in Berlin. Es handelte sich vornehmlich darum, einheitliche Normen für den Ausbau unseres Straßenbahnnetzes, für den Anschluß der verschiedenen Unternehmern gehörigen Bahnanlagen unter einander und für die Form der einzureichenden Gutachten und Erläuterungsberichte festzusetzen. Geheimrath Professor Garbe legte einen nach allen Richtungen gründlich durchgearbeiteten Plan vor. Auch die Frage der Uebernahme von Verkehrsanlagen in städtische Regie wurde berührt; Stadtbaurath Krause und Stadthauptbauinspektor Meubring waren jedoch nicht in der Lage, Angaben zu machen, ob die Stadtgemeinde die von der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske geplante Unterpflasterbahn Potsdamer Platz-Schloßbrücke durch diese Firma ausführen lassen oder den Bau selbst in die Hand nehmen wolle; ebenso liegen auch zu den von der Stadtgemeinde sonst geplanten Straßenbahnunternehmungen noch keine endgültigen Beschüsse vor.

Noch einmal die öffentlichen Denkmäler in den Arbeitervierteln. Aus wird berichtet: Die Frage, warum das Denkmal auf dem Koppe u. p. l. noch nicht der Öffentlichkeit übergeben ist, sondern noch auf längere Zeit hinaus ein Objekt des Spottes und Straßenwitsch sein dürfte, ist dahin zu beantworten, daß auch hier ein erhebliches Stillsitzen und Bureaunkrämmern hindern im Wege steht, Magistrats resp. die Kommission für städtische Denkmäler haben unterlassen, für die läbliche Gruppe „Ballspielende Kinder“ am Koppenplatz die landesherrliche Genehmigung zur Aufstellung nachzufragen und so muß die „Entscheidung“ des Denkmals so lange unterbleiben, bis sämtliche für diese Konfliktfrage vorhandenen Kompetenzinstanzen durchlaufen sind und endgültig festgestellt ist, ob die Stadt auf dem unseres Wissens ihr von Christian Koppe 1706 übereigneten ehemaligen Familienpark resp. Begräbnisplatz für die Armen jetzt nach beinahe 200 Jahren endlich berechtigt ist, auch ohne „landesherrliche“ Genehmigung ein den Bürgern gefälliges und von ihnen deßhalb Kunstwert aufstellen zu lassen. Dem bei uns heimischen Heroenkultus steht solche Schwierigkeit bekanntlich weniger im Wege. — Weiter mag auf ein Kunstwerk neueren Datums hingewiesen werden, das an durchaus unglücklich gewählter Stelle angebracht wurde; es ist der Monumentalbrunnen an der spizen Ecke der Rosenhaller- und Gormannstraße. Beachtung findet er hier keinesfalls, zumal die Straße an sich viel zu eng ist und die Passanten meistens nur so vorbeistreichen. Für derartige Kunstwerke sind doch wirklich auch im Norden bessere Standplätze vorhanden. Hoffentlich sieht man an möglicher Stelle diesen Fehler bald ein und verlegt den Brunnen mit entsprechender Ausgestaltung etwa nach dem Eingang zum Humboldthain; dort würde dieses Kunstwerk sicherlich zu einer Würdigung kommen, die es im Rosenhaller Engpaß niemals finden kann. Endlich sei noch erwähnt, daß Wörther- und Vincenz-Platz gleichfalls jedes monumentale Schmuckes entbehren.

Ein Spritzenexplosion veranlaßte Dienstag abends 9 Uhr Alarm nach Fischerstraße 30. Hier hatte der beim Desinfektoren-Ramie bedienstete Hausdiener Hans Böcker ein Spiritus in der Lampe zu gießen, wobei diese explodirte und den brennenden Inhalt über den Böcker ergoß. An Händen und Füßen stark verbrannt, wurde er nach Anlegung eines Rothverbandes durch die Feuerwehr

nach dem katholischen Krankenhaus befördert. Der entstandene Brand wurde in kurzer Zeit abgelöscht.

Schwer verunglückt ist Mittwoch Nachmittag um 2 Uhr in der Schultheiß-Brauerei der 28 Jahre alte Monteur Philipp Bebel aus Brantenthal a. Rh., der zu einer Montage vorübergehend hier ist und in der Kreuzstraße 66 wohnt. Der Mann stürzte 15 Meter tief in einen Brunnen hinab und mußte von der Feuerwehr herabgeholt werden. Statt ihn gleich in ein Krankenhaus zu bringen, da er am Kopfe schwer verletzt war, brachte man ihn zunächst auf die Unfallstation und führte ihn erst um 5 Uhr von hier der Charité zu.

Wie wir vor einiger Zeit meldeten, haben einige hiesige Radfahrer-Vereine an das Polizei-Präsidium das höchst alberne Gesuch gerichtet, daß die Freigabe der Straßen Berlins für die Radfahrer wieder aufgehoben werde, weil das sportliche Interesse für das Radfahren dadurch geschädigt und die zahlreichen Unfälle in den Straßen nur durch Personen herbeigeführt werden, welche Vereinen oder Verbänden nicht angehören. Das Polizei-Präsidium hat auf dieses Gesuch einen ablehnenden Bescheid gegeben.

Beim Ausrücken von Wägen durch brennenden Schwefel geriet in der Straße am Ostbahnhof 7 in einem Zimmer die Dielen in Brand. Eine Hausbewohnerin, die durch die Schwefeldünste ohnmächtig geworden war, wurde durch Mannschaften der Feuerwehr wieder in das Leben zurückgerufen.

Durchgebrannt ist der 27-jährige Buchhalter Karl Zinsert, nachdem er einer hiesigen Firma einen Check über 3817 M. auf die Vereinsbank in Frankfurt a. M., sowie 1500 M. bares Geld veruntreut hatte. Zinsert ist seit Freitag voriger Woche verschwunden. Beschrieben wird er als ein blond, mittelgroßer Mann mit rundem Gesicht. Auf seine Ergreifung hat die Firma eine Belohnung von 400 M. ausgesetzt.

Ein dunkles Verbrechen. Am Sonntag Morgen gegen 6 Uhr wurde im Krankenhaus am Friedrichshain von zwei anscheinend der Halbwelt angehörigen Männern ein etwa 30-jähriger Mann mit zertrümmertem Schädel und einer von einem dreieckigen Dolch herührenden Stichwunde im Unterleibe bewußtlos eingeliefert. Von dem Beamten befragt, wo sie den Verletzten aufgefunden hätten, gaben die Mädchen an, daß er in der Pallasaden-Straße auf dem Straßendam gelegen habe. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß der Verwundete der am 12. September 1896 zu Berlin geborene verheiratete Kellner Wilhelm Meyerhöfer ist. M., welcher seit ca. vier Jahren mit einer Prostituirten verheiratet war, lebte von dieser getrennt und war der Polizei schon lange als Jubaliter bekannt. Seit dem 6. Juni war er aus seiner in der Pallasadenstraße belegenen Wohnung als unbekannt bezogen abgemeldet. M., welcher in seinen Kreisen als sehr gewaltthätig bekannt war, hat anscheinend die schwere Verwundung von Jubaliten erhalten, mit welchen er in Streit gerathen ist. M. ist seinen Verletzungen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, erlegen. Der Stich in den Leib hatte die Gedärme verletzt.

Opfer der Arbeit. Ein älterer Bauarbeiter fiel gestern Nachmittag vom zweiten Stock des Neubaus Bernauerstr. 12 auf einen Steinhaufen hinab und wurde von einem nachstürzenden leeren Balken ertränkt.

Im Bureau eines Rechtsanwalts vom Tode ereilt, wurde gestern Nachmittag der 67 Jahre alte Kaufmann Julius Jury, Jury hatte einem Rechtsanwalt in der Leipziger Straße eine Kollmauer angestellt und war eben im Begriffe, sie zu unterschreiben, als er auf dem Stuhle zusammenbrach und nach kurzer Zeit verschied. Wahrscheinlich hat ihn der Schlag getroffen.

Das Polizeipräsidium theilt mit, daß die Gefäßcholera unter dem Gefäßbestande des Fuhrers Reizner, Paulstraße 23, erloschen ist.

Feuerbericht. Dienstag Abend 10 1/2 Uhr brannte Wendenstraße 3 verschiedenes Gerinipel. Mittwoch Nachmittag 2 Uhr wurde die Wehr nach Pulverstr. 27 gerufen, wo durch übergeköchtes Fett ein Küchenbrand entstanden war.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Aöpend! Bei der Verloofung im Strandflöß am Rüggecher sind noch folgende Nummern mit einem Gewinn gezogen worden: Nr. 19, 35, 42, 62, 63, 84, 103, 131, 144, 147, 184, 213, 253, 267, 287, 289, 373, 382, 389, 408. Die Gewinne können bei F. Reich, Köpenick, Wilhelmstr. 74 II, von nachmittags 5 Uhr an abgeholt werden.

Aus Teltow wird uns zu dem aufsehenerregenden Verbrechen des dortigen Gärtnerbesizers Groß noch berichtet, daß dieser nicht an Kindern, die in seinem Geschäft Blumen kaufen wollten, sondern an zwei vierzehnjährigen Knaben, welche bei ihm in Arbeit standen, und ferner an zwei jungen Weibern die gemeldeten Abgeschmacktheiten begangen hat. Die Kinder sind schwer erkrankt. Groß war eine stramme Ordnungssüchtige am Orte und gehörte, trotzdem er schon mit Justhaus vorbestraft war, dem Teltower Bürgerverein an. An den beiden Tagen der Reichstagswahl half er tapfer den Ansätzen niederstimmen und war überhaupt ein wüthender Sozialistenfeind.

Ein Nordverbrechen und Selbstmord wird aus Dreiwitz bei Potsdam gemeldet. Der Bildner Götsch war in der Nacht zu Montag gegen 3 Uhr in angetrunkenem Zustande heimgekehrt und hatte mit seiner Frau Streit angefangen. Schließlich ergriff er eine Art und spaltete seiner Frau den Schädel. Koch nicht genug damit, nahm er ein auf dem Tische liegendes Messer und verjuchte seiner Frau den Hals durchzuschneiden. Als G. glaubte, seine Frau sei todt, ließ er davon und warf sich auf die Schienen der Berlin-Wehlarer Bahn, um sich überfahren zu lassen. Bahnarbeiter bemerkten ihn aber und vertrieben ihn durch Schläge von dort, ohne daß sie eine Ahnung von dem Verbrechen hatten, welches er begangen. G. hielt sich nun im Walde zwischen Dreiwitz und Rehbrücke verborgen und ließ sich am Montag Abend in der Nähe von Rehbrücke von dem von Berlin kommenden Personenzug der Wehlarer Eisenbahn überfahren. Der Kopf wurde ihm sofort vom Kumpfe getrennt. G. hinterläßt mehrere noch kleine Kinder. Seine Frau ringt im Oberlin-Krankenhaus noch immer mit dem Tode. Götsch hat mit derselben infolge seiner unglückigen Vermögenslage schon längere Zeit in Unfrieden gelebt.

Der Kaufmann Davidson in Charlottenburg, der bei dem letzten Unwetter auf dem Balkon vom Witz getroffen wurde, ist immer noch nicht zur Besinnung gekommen. Die Wirkung des Witzes zeigt sich jetzt in einer ganz eigenthümlichen Weise. Der Betroffene glaubt, daß er verbrannt werden solle, und verlangt in seinen Phantasien, daß man ihn von dem Teufel befreie, der ihn verbrennen wolle. Aufser D. ist auch ein Dienstmädchen, das sich in der Wohnung befand, getroffen worden, aber nur leicht.

Gewichts-Beifung.

Der Prozess gegen den Schuhmann Christian Volkman, welcher des Vergehens im Amte und der verurtheilten Rößhigung beschuldigt ist, gelangte gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zum Abschluß. Ein früherer Reumit, der bis zur Urtheilsverkündung geduldet war, wurde vertagt, weil der Gerichtshof die Sache noch nicht für genügend aufgearbeitet hatte. Aus den damaligen Berichten dürfte der Thatbestand, welcher diesem Prozesse zu Grunde liegt, noch in Erinnerung sein und deshalb eine kurze Anführung der Haupt-Umstände genügen. Die 21-jährige Katholikin Martha Schulz, ein anständiges Mädchen, Tochter eines seit 27 Jahren im Dienste befindlichen Bahnarbeiters, war am Abend des 28. Dember bei den im Generalstabsgebäude wohnenden Hausdiener Quecksilber im Amte zum Besuch gewesen. Als sie sich um 12 Uhr nachts nach ihrer am Kronprinzen-Ufer 29 gelegenen elterlichen Wohnung begab, legte sie die ihr angebotene Begleitung ab mit dem Hinweis, daß sie ja nur einen ganz kurzen Weg zurücklegen habe und in jener Gegend ja fortwährend Schulpflichte pa-

trouillierten. Als Fräulein Schulz vor dem Hause Kronprinzen-Ufer 20 angelangt und im Begriffe war, die Handthür aufzuschließen, wurde sie angehalten. Sie drehte sich um und sah einen uniformierten Schuttmann vor sich. Dieser packte sie sofort an der Hand und erklärte ihr, daß sie ihm zur Wache folgen müsse. Die junge Dame bekam keinen geänderten Eindruck. „Ich bitte Sie, lassen Sie mich los, ich habe ja nichts gethan, was soll ich auf der Wache, ich bin ein anständiges Mädchen“, rief sie. „Ach was“, herrschte sie der Schuttmann an, „ein anständiges Mädchen geht nicht so spät auf der Straße“. Nun hat die junge Dame ihn, er möge doch mit ins Haus kommen, um sich zu überzeugen, daß sie dort bei ihren Eltern wohne. Der Schuttmann ließ sich auch hierauf nicht ein, sondern zog sie mit sich fort. Er schlug den Weg nach dem Thiergarten mit ihr ein. Nun steigerte sich die Angst des jungen Mädchens. „Sie wollen gewiß etwas anderes von mir?“ rief sie. Der Schuttmann erwiderte ihr, daß sie sich wegen dieser Behauptung eine Anklage wegen Beamteneinbeleidigung zuziehen könne. Der Schuttmann zog sie mitten in den Thiergarten hinein. Hier stellte er an das junge Mädchen unflätliche Anträge, wobei er die Drohung aussprach, er werde sie einem Sittenrichtermännchen übergeben, wenn sie sich sträube. „Nieder herbe ich!“ rief das junge Mädchen. Der Schuttmann kam zu der Einsicht, daß er nichts erreichen würde, er ließ die junge Dame los und entfernte sich. Nach längerem Umherirren fand das junge Mädchen aus dem Thiergarten heraus und kam gegen 12 1/4 Uhr nachts in ihrer Wohnung an. Ihre Eltern erstatteten am folgenden Tage Anzeige. Auf dem Revier wurde dem Fräulein Schulz die gesammte zum Revier gehörige Schuttmannschaft vorgeführt. Sie bezeugte sofort den Schuttmann Vollmann als den Täter und hierbei ist sie bei allen ihren Vernehmungen und ebenso in der früheren umfangreichen Verhandlung mit aller Bestimmtheit stehen geblieben. Der Angeklagte bestreitet dagegen mit aller Entschiedenheit, daß er an dem Vorfall irgendwie betheiligt sei. Wie im früheren Termin, machte der Angeklagte folgende Angaben: In der fraglichen Nacht habe er zusammen mit seinem Kollegen Ducharzki Patrouillendienst gehabt. Um 11 1/2 Uhr seien sie von dem Wächtermeister vor dem Hause Unter den Zelten 18 kontrolliert worden. Gleich darauf habe Ducharzki sich in ein Schanklokal begeben, um ein Bedürfnis zu befriedigen. Der Angeklagte habe etwa 5 Minuten vergeblich auf seinen Kollegen gewartet, dann sei er langsam allein weitergegangen und in die Vertheilungstraße eingedrungen. Hier sei ihm aufgefallen, daß ein Frauenzimmer, mit einem großen Tuch über dem Kopfe, sich an dem Schlosse eines Geschäftsbekkers zu thun machte und sich schnell entfernte, als er ihr zu Gesicht gekommen sei. Er sei ihr gefolgt. Beim Kröllschen Theater habe sie mit einem dort haltenden Drohschuttmann gesprochen und sei dann wieder umgekehrt. Der Richter erzählte ihm auf Befragen, daß die Person nach der Verhaftung habe fahren wollen, es sei ihr aber wohl zu Heuer gewesen. Der Angeklagte habe wieder die Verfolgung des Frauenzimmers aufgenommen. An der Herwarthstraße habe sie einen ihr entgegenkommenden Drohschuttmann gefragt, ob er frei sei. Der Richter habe erwidert „Ja wohl, ja wohl“ und gleich darauf gehalten. Ein junger Herr sei ausgestiegen und nun habe die Frauensperson dessen Stelle einnehmen wollen. In diesem Augenblicke habe der Angeklagte ihr erklärt, daß sie ihm zur Wache folgen müsse. Zugleich sei auch sein Kollege Ducharzki wieder erschienen, den er gebeten habe, die stehende Patrouille am Generalstabs-Gebäude abzulösen, er müsse die Person zur Wache nach der Mittelstraße bringen. Er sei dann mit seiner Kreistantin das Kronprinzen-Ufer entlang gegangen. An der Hinderstrasse habe die Person plötzlich Reht gemacht und sei durch die Moonstraße nach dem Königsplatz gefahren. Er habe sie natürlich verfolgt, aber ohne sie einholen zu können; sie sei in den Anlagen verschwunden. Er habe noch einige Zeit lang mit anderen Personen nach dem Mischling in den Anlagen gesucht, sich dann aber nach der Wache begeben, wo er um 1 Uhr nachts eingetroffen sei. Er sowie andere Personen seien übrigens der Ansicht gewesen, daß die Mischlinge ein Mann in Frauenkleidern war, da sie so außerordentlich schnell laufen konnte. Aus diesen Angaben des Angeklagten möchte — wenn sich die Wahrheit derselben ergibt — hervorgehen, daß er der Thäter nicht sein konnte. Im vorigen Termine blieb noch eine Lücke betreffend der verschiedenen Zeugnissen übrig und führte dies zu der Vernehmung. Die gestrige Verhandlung wurde wiederum vom Landgerichtsdirektor Fehlich geleitet, Staatsanwalt v. Pehlinger vertrat die Anklagebehörde, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Es sind verschiedene neue Zeugen geladen.

Die früher vernommenen Zeugen haben an ihren Aussagen nichts zu ändern. Fräulein Schulz bleibt nach wie vor dabei, daß sie sich in der Person des Angeklagten nicht irren könne und ebenso wenig darin, daß sie das Generalstabs-Gebäude um 12 Uhr verlassen habe. Durch einen Blick auf die Uhr habe sie sich überzeugt, daß es 20 Minuten vor 1 Uhr war, als sie nach dem überstandenen häßlichen Abenteuer die ersteilige Wohnung wieder betrat. Die Frage, ob sie etwa den Schuttmann Ducharzki mit dem Angeklagten verwechseln könne, wird von Fräulein Schulz entschieden verneint. Fuhrherr Rattke, der die stehende Person von der Bismarckstraße bis zur Schadowstraße gefahren hat, sagt im Sinne des angeklagten Schuttmanns aus. Der Staatsanwalt hält die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragt eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten. — Der Gerichtshof kam nach einer längeren Beratung zu nochmaliger Vernehmung. Dem Angeklagten wurde aufgegeben, in Begleitung des Zeugen Rattke nach dem Hause Vergrstraße 12 zu gehen, um in Begleitung des Schankwirths, der die viel erwähnte Ausherekin gekannt haben will, zu versuchen, dieselbe zu ermitteln. Ein Beamter soll ihnen beigegeben werden. Am Freitag Vormittag 9 Uhr soll dann die Verhandlung fortgesetzt werden.

Der Weineidprozess gegen die vier weiblichen Angeklagten, durch deren Ränke der frühere Steuerempfänger Drinmann zu unrecht zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden sein soll, wurde gestern fortgesetzt, verfiel aber nach etwa einstündiger Verhandlung der Verurteilung, da sich die Vernehmung zweier Zeugen, die nicht erschienen waren, doch als unerlässlich erwies. Die Verhandlung wird erst nach den Ferien stattfinden können. Der Antrag auf Haftentlassung der Angeklagten wurde abgelehnt.

Den Inhabern von Singpielhallen wird das Leben jetzt insofern erswert, als das hiesige Polizeipräsidium diesen Leuten nicht gestattet, auch nur die flüchtigen und kürzesten Poffen aufzuführen, wenn sie nicht im Besitze der sogenannten großen Theaterkonzession sind. Eine solche kann nach § 82 der Gewerbe-Ordnung nur erhalten, wer die sittliche, finanzielle und künstlerische Zuverlässigkeit für die Leitung eines Theaters besitzt. Sonach werden an den Besitzern eines Singpieltheaters, der einmal eine einstellige, auch noch so alberne Poffe aufzuführen lassen will, dieselben Anforderungen gestellt, wie an die Unternehmer unserer großen Theater. Die wenig Aussicht die Inhaber der Vorstadtlokale haben, die Theaterkonzession zu erhalten, zeigt folgender Fall. Herr Reinhard, der eines der bekanntesten Lokale der Hasenhaide sein eigen nennt und dafür die Singpielkonzession hat, wollte seinen Gästen „so zwischen durch“ zur Abwechslung auch ein Theaterstück bieten. Obwohl er aus seinem Lokal keinen Kunsttempel höherer oder auch nur mittlere Art machen wollte, müßte er wohl oder übel die Konzession für einen solchen gemäß § 82 der Gewerbe-Ordnung nachsuchen. Sie wurde ihm vom Berliner Polizeipräsidium verweigert und der Bezirksauschuss billigte diese Entscheidung aus folgenden Gründen: Zunächst sei zu verneinen, daß H. die sittliche Zuverlässigkeit habe. In der Hasenhaide mache sich allerlei Gefindel, so Dinnen und Bubaltes, breit, es müßten deshalb an einen Theaterunternehmer gerade in dieser Straße besonders hohe Anforderungen in sittlicher Beziehung gestellt werden. H. treffe nun der Vorwurf, daß er es nicht verstanden habe, jene unlauteeren und gefährlichen Personen seinem Lokal fernzuhalten. Und was die Ausbildung des Klägers angehe, so habe er die Bürgerschule besucht, sei dann Kleiner und später Geschäftsführer in Restaurants gewesen, bis er sich als Restaurateur selbstständig gemacht habe. Nach diesem Entwicklungswege sei anzunehmen, daß ihm die künstlerische Zuverlässigkeit zum Betriebe

eines Theaters ebenfalls fehle. Für den Kläger legte R.-A. Leopold Meier die Verurteilung ein, das Ober-Verwaltungsgericht belieh es aber bei der Verurteilung der Konzession. Es führte aus, es könne ganz unerörtert bleiben, wie es mit der sittlichen Zuverlässigkeit R. s. stehe; entscheidend sei die Feststellung, daß Kläger nicht in artistischer Beziehung zuverlässig sei, d. h. nicht das nötige künstlerische Verständnis besitze für die Leitung eines Theaterunternehmens. — Die Frage, ob in diesem Falle überhaupt die Theaterkonzession erforderlich war, hatte das Gericht nicht nachzuprüfen.

Im Beleidigungsprozess Stamm-Eißler soll die Urtheilsverhandlung, wie aus Saarbrücken berichtet wird, am nächsten Montag stattfinden.

Generalversammlung des Vereins für alle in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Guben, den 28. Juni 1898.

Anwesend sind 25 Delegirte, welche je hundert Mitglieder vertreten, 2 Vertreter des Hauptvorstandes, der Vorsitzende des Ausschusses und der Liquidator der Deutschen Hutfabrik.

Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Hauptvorstandes über die Jahre 1896—1897 hatte der Verein und die zu ihm gehörende Invaliden- und Krankengeld-Zuschußkasse nebst Frauen-Sterbekasse eine Einnahme inkl. ausgenommenen Darlehen und freiwilliger Beiträge von 349 295,66 Mark. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Arbeitslosen-Unterstützung 110 973,16 M., Streiks- und Ausperrungen 81 884,64 M., Kranken- und Sterbegelder 71 360 M., Invaliden-Unterstützung 48 000 M., Abonnement des Jahrganges „Correspondent“ 12 339,36 M., persönliche und sachliche Verwaltungskosten der Filial- und Hauptverwaltung 25 000 M. Nach den sich durch die Liquidation der Deutschen Hutfabrik nützlich machenden Abschreibungen verblieb dem Verein ultimo 1897 noch ein Gesamtvermögen von 89 000 M. In der Berichtsperiode traten dem Verein 234 männliche und 654 weibliche Mitglieder bei. Freiwillig schieden aus 497, durch Tod 103 und ausgeschieden wurden 2192 Mitglieder. In der Diskussion über den Bericht des Hauptvorstandes und den mündlich erstatteten des Ausschusses wurden besondere Einwendungen nicht gemacht. Betont wurde, der starke Mitgliederwechsel sei durch Streiks, Vermögensverluste, innere Streitigkeiten und durch das Fehlen von Extrabeiträgen verursacht. Ueber den Bericht des Liquidators der Fabrik entspann sich eine langwierige und leidenschaftliche Debatte, welche durch völlige Lösung des geschäftlichen Verhältnisses zwischen dem Verein und der Fabrik einen allgemein befriedigenden Abschluß fand. Alle Teilnehmer an der Generalversammlung gaben der sichern Hoffnung Ausdruck, daß nun der Streit in den Reihen der Mitglieder aufhören wird.

Verfassungen.

Die national-sozialen Reichstags-Kandidaten Raumann, Damaskle, v. Werlich und Tischendorf erstatteten ihren Parteigenossen am Dienstag Berichte aus den Wahlkreisen, in denen sie durchgefallen sind. Die Herren, die mit so großen Hoffnungen in den Wahlkampf zogen und dann nicht einmal in die Stichwahl gekommen sind, trösteten ihre Anhänger, so gut es ging, über die erlittenen Mißerfolge. Pfarrer Raumann meinte, die National-Sozialen hätten ja, im Gegensatz zu anderen Parteien, nichts verloren, was sie schon besaßen, sondern sie hätten nur ihre Hoffnungen nicht erfüllt gesehen. Die 26 500 Stimmen seien für eine junge Partei immerhin ein schöner Erfolg und die Zukunft werde weitere Erfolge bringen. Es könne sowohl in der äußeren, wie in der inneren Politik ein Ereignis eintreten, welches eine Verdrängung der Parteien zu Stande bringe. Es könne ja beispielsweise geschehen, daß die Agrarier nicht für die Handelsverträge zu haben sind, und die Regierung dann genöthigt sei, sich auf die Linke zu stützen, was aber nicht geschehen könnte ohne Verdrängung der sozialen Strömung. Das sei der Moment, wo sich die Hoffnungen der National-Sozialen erfüllen würden. Inzwischen müßten sie mit größtem Eifer die Organisationsarbeit betreiben. Tischendorf hält die 1008 Stimmen, die er im ersten Berliner Wahlkreise erhalten hat, ebenfalls für einen großen Erfolg. Mehr habe er gar nicht erwartet. Man habe es seiner Partei zum Vorwurf gemacht, daß sie in Berlin keine Stichwahlparole ausgegeben habe. Er selber sei dagegen gewesen, denn er habe keine Wähler nicht dirigieren wollen, auch halte er es für verwerflich, mit anderen Parteien wegen der Unterthürung in der Stichwahl einen Handel zu treiben. Es werde sich wohl ein Theil der national-sozialen Wähler der Stimme enthalten und ein anderer Theil für Langerhans gestimmt haben. Würden wir — so sagte Herr Tischendorf — vor der Stichwahl um unsere Stellung gefragt worden sein, dann hätten wir gesagt: Unter keinen Umständen für Langerhans.

Vor der Hauptwahl wurde Herr Tischendorf in einer Versammlung die Frage vorgelegt, wie er sich zu einer Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie stellen würde. Er wich der Antwort vorichtig aus, indem er meinte: Das sagen wir nicht, denn wir hoffen selber in die Stichwahl zu kommen. Herr Tischendorf kam nicht in die Stichwahl und er sagte auch dann noch nicht, wie sich seine Wähler verhalten würden. Die National-Sozialen, die ja doch im Grunde ihres Herzens reaktionär sind, haben es denn auch in Berlin, ebenso wie in anderen Wahlkreisen, für ihre erste Pflicht gehalten, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen. Ihren Erfolg hat das Verhalten der National-Sozialen bereits gezeigt. Woher waren sie die einzige bürgerliche Partei, deren Versammlungen polizeilich überwacht wurden. Jetzt sind sie, gleich den andern bürgerlichen Parteien für würdig befunden worden, ohne Polizei-Aufsicht zu tagen. Die Versammlung am Dienstag war die erste, wo keine Polizei anwesend war. Auch am Alexanderplatz scheint man jetzt von der Harmlosigkeit der National-Sozialen überzeugt zu sein.

Verband deutscher Arbeiter, Freier und Verdrängung-Gehilfen. Deutscher Abend 10 1/2 Uhr bei Schiller, Hofentwässerstr. 57: Versammlung.

Sprechsaal.

Gegen ihre eigenen Interessen, schreibt der politische Leiter des Fabrikantenorgans, Berliner Musikinstrumenten-Zeitung, hätte eine Versammlung der Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter am 6. d. M. Stellung genommen. Dieser geistreiche Artikelschreiber wollte absolut einmal seinem Brotgeber zeigen, über welche bedeutende Kenntnisse er auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung verfügt. Ist aber zum Gaudium jedes einigermaßen denkenden Menschen gründlich hincingefallen. Der Artikelschreiber will uns zunächst Larazulegen versuchen, welche hohe Ziele und Bestrebungen die sogenannte freie Vereinigung, das Arbeitsnachweise-Bureau und die geplante Fachschule verfolgt und kommt natürlich zu dem Schluss, daß dies alles zum Wohle, im Interesse der Arbeiter und der Industrie liegt.

Rus wollen wir Arbeiter diesem Weltweisen von vornherein aufs Neue erklären, daß die gesammten Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter von diesem des Artikelschreibers so sehr verteidigten Nachwerk der Fabrikanten eine ganz andere Auffassung haben. Nach wie vor halten wir fest daran, daß die freie Vereinigung, der Arbeitsnachweis und die geplante Fachschule weiter nichts sind, als Mittel zu dem unsauberen Zweck, die Arbeiter immer mehr dem Willen der Fabrikanten gefügiger zu machen. Das bishigen Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit soll den Arbeitern noch vollends genommen werden, jede weitere Unterdrückung und Ausbeutung sollen wir über uns ergehen lassen, ohne zu murren, denn jeder Arbeiter, der die leiseste Kritik läßt an vorhandenen schlechten Zuständen der einzelnen Fabriken, ist nach der Schreibweise dieses Goldlings kein Arbeiter, sondern ein agitatorisches Element und es ist

ihm und seinen Brotgebern vornehmste Aufgabe, die Fabrikanten von solchen Elementen zu säubern. Ja, ihr Herren, da liegt es offen vor uns, dies ist der wahre Grund der Errichtung des Arbeitsnachweises, also jeder Arbeiter, der bei einem etwaigen Zutritt eines Mitgliedes der freien Vereinigung zu murren mag, ein agitatorisches Element, jeder der mit dem ihm hingeworfenen Broden nicht zufrieden ist und für seine Arbeitskraft mehr fordert, ein Agitator. Jeder, der nicht vor allen Familiengliedern der Fabrikanten allerunterthänig den Hut zieht und nicht ruhig dabei ist, wenn er öfter des Sonntags bis abends 7 Uhr auf seinen sauer verdienten Lohn warten muß und dann noch oft nur einen Theil dessen erhält, ein agitatorisches Element. Deshalb hinaus mit ihm auf das Pflaster. Das ist der edle Juvet der freien Vereinigung, um jeden dieser Arbeiter in den Listen des Arbeitsnachweises zu fernzuhalten.

Weiter meint der Artikelschreiber, es wäre keinem Fabrikanten eingefallen, seine Arbeitskräfte wegen Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation auszuschließen. Wir wissen aber, in den Köpfen verschwiebener ihrer Vertreter hat der Gedanke herumgeflutet. Es mag ein Akt der Selbsterhaltung sein, der sie gegenwärtig davon abhält, denn das Andenken von 1896 ist noch bei den meisten Fabrikanten in guter Erinnerung und wird es auch bleiben, daß aber die auswärtigen Arbeitskräfte keine so große Sehnsucht nach den Juvetwärtigen der Berliner Musikinstrumenten-Fabrikanten haben, dafür ist ebenfalls 1896 der Beweis geliefert worden, wo während des Ausstandes noch keine 10 Arbeiter hier eintrafen.

Doch nun zu der geplanten Fachschule für Instrumentenbau in Berlin. Dieses Unternehmen wurde von Seiten der Arbeiter als purer Schwindel bezeichnet und es scheint, die Meinung ist dem Artikelschreiber sehr an die Nieren gegangen. Wir Arbeiter erklären nochmals, daß ein solcher Plan seitens der Fabrikanten allerdings nur als purer Schwindel bezeichnet werden kann. Erzählt uns doch der Artikelschreiber ganz offenherzig, daß selbst von Mitgliedern der sogenannten freien Vereinigung mit Bedauern konstatiert wurde, daß die heutige Ausbildung der Instrumentenbauer lediglich auf dem Niveau einer fabrikmäßigen Handarbeit beruhe.

Sehr richtig, und wir Arbeiter behaupten, so wird es auch bleiben, ja die innerwährende Verbesserung und Reineinführung von Maschinen und die damit verbundene Arbeitsteilung wird es um so weniger zur Nothwendigkeit machen, daß die Arbeiter die Hände einer Fachschule drücken. Möge sich der spiritus rector der freien Vereinigung in den Instrumentenfabriken umsehen, es wird ihm der unumstößliche Beweis geliefert werden, daß auch der beschränkste Mensch, wie auch jeder Arbeiter eines anderen Berufes heute Verwendung als Musikinstrumenten-Arbeiter findet. Und sehen wir uns die Berliner Musikinstrumenten-Fabrikanten an: sobald die geplante Fachschule ihre Pforten öffnet, müßten neun Zehntel der hiesigen Fabrikanten darin Platz nehmen, um erst nach Jahren ihren Befähigungsnachweis als Instrumentenbauer zu liefern. Geht doch das Geschäft in Berlin um, daß ein guter Bekannter des Artikelschreibers vom Porzellanmalers-Gesellen zu einem einflussreichen Mitgliede der freien Vereinigung Berliner Pianofortfabrikanten emporgehoben ist und es ist umso mehr zu bewundern, daß sich deren Mitglieder von einem Nichtfachmann solch einen Rost von einer zu errichtenden Fachschule vortragen lassen und ihre Zustimmung geben, ohne darüber zu lachen. Wir Arbeiter sind uns bewußt, es gibt etliche Mitglieder darunter, welche über das geplante Unternehmen genau so denken, wie die Berliner Musikinstrumenten-Arbeiter, aber sie sind nicht mehr „Herr im Hause“ und so muß man nach der Pfeife, welche ein einflussreicher Porzellanmalers-Geselle bläst, wohl oder übel tanzen.

Bei der geplanten Fachschule handelt es sich ebenfalls wieder nur darum, die agitatorischen Elemente, welche man heute nicht los werden will und kann, denn dies wäre wirtschaftlicher Selbstmord, zu ersetzen durch wohlbedachte und gefügige neue „Arbeitskräfte“. Den Arbeitern aber erst durch die geplante Fachschule beizubringen, das Wissen macht ist, dies überlassen Sie, wer die Schere befehle, den organisierten Musikinstrumenten-Arbeitern Berlins. Wir sind es, welche dafür sorgen, daß der Arbeiter über gefügiges Vermögen verfügen hat, und Sie sind der Vertreter derjenigen, welche dies geistige und physische Vermögen der Arbeiter rauben wollen. Somit bleibt es dabei, daß die geplante Fachschule purer Schwindel ist. Der Vorstand des Jahrgangs der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wozu Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. W. Eine solche Sprechstunde besteht hier nicht.

S. A. 87. Die Adresse des gestern angegebenen Verelns ist nicht Romanienstr. 28, sondern 25 I.

Gimbria. Ein Leser ist so freundlich, Ihre Anfrage durch folgende Mitteilung zu beantworten: Die Gimbria gehörte der Hamburg-Amerikanische Paderjäger-Aktiengesellschaft und ist im Jahre 1883 infolge eines Zusammenstoßes mit dem englischen Dampfer „Sultan“ in der Nähe der Korde-Insel Nordbrunnen gesunken.

Wichtigste. Ihre Mitteilung ist zu spät ein, wir müßten die Bittern von anderer Seite nehmen. Von Berichtigungen wollen wir absehen, da an dem Grunde nichts geändert ist.

H. A. 204. Das Berliner Volkstheater kostete mit Ausnahme der letzten Quartale 1 M. 35 Pf. pro Platz. 1890 wurde der Reichstag nicht aufgelöst, 1890 wurde zum ersten Mal der Reichstag auf fünf Jahre gewählt. Meyer's Veritas hat bisher unseres Wissens vier Auflagen.

Witterungsübersicht vom 29. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand m.	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. m. G. o. F.	Stationen	Barometer hand m.	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. m. G. o. F.
Swinemünde	761	SW	4	kl. bed.	10	Hoparanda	763	SD	2	wolklos	9
Danzburg	762	SW	3	kl.	13	Petersburg	763	SW	4	kl.	14
Berlin	763	SW	2	bedekt	13	Sor	763	SW	4	kl.	14
Wiesbaden	764	SW	1	kl. bed.	14	Aberdeen	760	SW	2	kl.	18
München	766	O	1	kl.	14	Paris	766	SW	1	kl.	12
Wien	763	SW	2	bedekt	15						

Weiter-Prognose für Donnerstag, 30. Juni 1898.
Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei schwachen südwestlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung und Gewitterbildung.
Berliner Wetterbureau.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!

Holzarbeiter.

In der Möbelfabrik von Rückwirth & Riegel, Wienerstr. 60, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung!

„Elektrotechnik“.

In dem am 1. Juli beginnenden Wandkurs sind noch einige Plätze frei, besonders zu empfehlen Arbeitssamen Herren vom Metallgewerbe. Keine Vorkenntnis nötig. Dauer 6 Monate. Monat 6 M., monatliche Ausbildung. — Man verlange Prospekt. Anmeldungen baldigst. 42575 „Electra“, Ringstr. 55.

Tüchtige Telegraphen-Bauarbeiter

haben lohnende und dauernde Anstellung in Danzow. Offerten sub E. N. 7006 an H. J. Wolff u. Co., Ann.-Bür., Copenhagen K. erb.

Glasbuchstaben-Facillenschleifer

werden für London gef.; nur solche, die praktische Buchstabenfertiger sind, sollen sich melden an S. Trenner & Son, 78 Gray's Inn Road, London, W. C. Man spricht deutsch.

Bankpoller

auf Kistenbenutzung verlangen [4265] Bergas Gebirge, Schillingstr. 12.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 30. Juni.
Opernhaus, Lantshäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing, Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reißbühn, Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Kened, Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten, Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Im Fegfeuer. Anfang 8 Uhr.
Ostend, Auf Sumatra, oder: Die Goldkinder in Kishin. Anfang 8 Uhr.
Belte-Alliance, Ein toller Einsack. Anfang 8 Uhr.
Friedrich, Wilhelmstädtsches. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexandraplay, Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Hronia, Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vor- mittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Juwelenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Stern- warte, Operntelephon.
Passage, Panopticon. Theater Variétés, Alpenalpen.
Apollo, Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen, Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

Oper - Carl Weis - Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Sommerpreise. Parquet 1 Mark.
Auf Sumatra
Gr. Aufstellung mit Gesang und Ballet in 12 Bildern v. G. Lehmann. Musik von F. Krause. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Ostend - Theater - Konzert - Garten.
Gr. Spezialitäten - Vorstellung, Konzert, Theater. Mr. Isano, Bandredner, mit seinen elektr. Automaten, The Carroton, Gymnast. Die verunglückte Droschkens- fahrt, Pantom. Karline und Pantom. Passe - partouts haben Giltigkeit.
Sonabend: Gr. Sommerachts- fest. - In Vorbereitung: Gebr. Buchholz, große Pötte mit Gesang in 3 Akten von G. Schulz.

Apollo - Theater.
Heute Donnerstag, den 30. Juni 1898:
Zum 50. Male:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattung - Bur- leske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson. Musik von Wilh. Rosenzweig. In Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Formel:
20 Spezialitäten
ersten Ranges.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten - Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen- Garten-Theater.
Feldgasse 77.
Das Beste vom Besten, was bisher über die Bretter gegangen ist:
Berlin auf Stelzen!
Von W. Agoston und K. Wilhelm.
Formel:
20 Spezialitäten
1. Ranges.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Familien - Vergünstigungen gültig. Bei ungünstiger Witterung im grossen Theateraal.

Prater-Theater,
Kasernen-Allee 7/A.
Täglich: „Friede auf Erden“. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. K. Kerzen. Eugenie Formas, Koffin- soubrette. Gebr. Millardo, Proteo- que. Duett. Orsani Troupe, musik. Excentr. The 3 Wartsos, Variété - Akrobaten. Mr. Barma mit 6. Hatten. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Day 50 Pf. Kalbo.

Pahlmann's Vaudeville-Theater
Zubörer F. Lehmann, Schönb. Allee 148, Kasan-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets neuem Programm.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang: Sonntags 7, Wochent 8 Uhr.

Zeltow = Beeskow = Storkow = Charlottenburg.
Die Vertrauensmänner aller Orte werden dringend er- sucht, die Reichstags-Wahlfondslisten so schnell als möglich be- hufs Abrechnung an unterzeichnetes Komitee abzuliefern.
Das Zentral-Wahlkomitee.
J. A.: Zubeil, Eberhardt.

Ausstellung am Kurfürstendamm.
CARL HAGENBECK'S INDIEN
Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags 6 Uhr:
„UNNOPRASSUN“ die feierliche Taufe des am 15. Juni ge- borenen Hindu-Kindes „Berli Wadwo“, verbunden mit religiösen Zeremonien der Brahminen. - Um 8 Uhr: Gr. Vorstellung in der Arena. Mit eintretender Dunkelheit: Festzug der Indier mit Elefanten etc. unter Fackel-Beleuchtung und Bengalfeuer. **Gr. Militär-Doppel-Konzert.** Indisches Theater.
Entrée 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Biergarten: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeische ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Deponier.

Schweizer Garten.
Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Auftreten. Auch ist die Kaffeeische von 3-4 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Abhaltung ihrer Sommerfeste (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (Spezial Sonabend).

Neu eröffnet! Ziegenhals-Niederlehme Zum Sportschau.
Station Beuthen - Bantels-Abf. Herrlich am Großsee und Wald gelegen. 25 Min. v. Bahnh. Eig. Waldung. Dicht bei Rauchfangwerder.
Zaal 600 Pers. fassend. 2 Regelmäßig. Billardzimmer. 8 Kuche. Gute Biere u. Weine aus renomm. Gärten für 3000 Pers. Für groß. Gesellschaft. wird recht. Rummel. erb. **P. Hildebrandt.**

Max Klem's Sommer-Theater,
Gajenhaid 14/15. - Mittheiler Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Ulrico's Wunder-Tauben. - The Dissentato's. - Charl Gnoya, Parodie. - Paul Troy, Charakterkomiker. - Franziska Wunsch, Soubrette. - Max Kentler, Vieder- jänger. Martha Reinschagen, Chansonette.
Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!
Pötte mit Gesang in 2 Bildern von J. Eissner. Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von Friedrich. Bor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.** In den beiden Sälen: **Grosser Ball.** Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr. **Max Klem.**

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). Garten resp. Zaal.
Täglich:
Stettiner Sängerkorps
(Miesel, Vietor, Britton, Ziehl, Kron, Nöhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Bordenlauf 40 Pf. Familien - Billets à 1 Mark (siehe Plakate).
Stets wechselndes Programm!

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Eip. Am Königsthor.
Heute, sowie jeden **Donnerstag:**
Garde-Schützen- (in Uniform) Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen Freitag: **V. Garde-Regiment z. F. Frei-Konzert.**

Urania
Taubenstr. 45/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: **Vom Mitter- horn zur Jungfrau.**
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungtig.)

Passage - Panopticum.
Théâtre-Variété.
Sensationell: Die schöne **Tätowirte Sg. Radolfi als Athletin.**

Feuerstein's Festsäle
Alle Jakobstrasse 75. [**Joh. Martin Herzberg.**
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen, unentgeltlich, so- wie zu Sommer- u. Winterfestlich- keiten b. kulanten Bedingungen.

Achtung! Maurer. Achtung!
Freitag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112:
Mitglieder-Versammlung
der Filiale Berlin II des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der von uns am 30. Juni d. J. vorgenommenen Baukontrollen. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Stand unserer jetzigen Lohnbewegung. - Der wichtigen Tagesordnung wegen ersuchen wir die Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend (Zentral-Verband deutscher Maurer). J. A.: Wilh. Fritsch.

Achtung! Schloss Weissensee „Zum Sternecker“.
Sonntag, den 3. Juli 1898:
Grosses Volksfest
arrangirt von den **Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim**
unter gütiger Mitwirkung eines Schwimmvereins und mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine (Mitgl. d. A.-S.-V.).
Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert
unter Leitung des Direktor **Tietz.**
Gr. Brillant-Feuerwerk. Turnerische Aufführungen. Volks- u. Kinderspiele aller Art.
Jedes Kind erhält eine Freikarte zum Karussell. Der Besuch zum See-Theater ist unentgeltlich gestattet. Die Kaffeeische ist für die geehrten Damen den ganzen Tag geöffnet.
In beiden Sälen von 4 Uhr ab: **Tanz.**
Personen, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 25 Pf. - Programm gratis. **Das Komitee.**

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei (5187L) **Adolf Wecker, Moikenmarkt 3, Bissenfabrik für alle Gewerke.**

Möbelschlerei und Lager complet **Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Fabri- preisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlermstr.** Skaltzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 105.
Neu!! Zola, Laborie, Neu!! Esterhazy Neu!!
Mae Kinloy - Gladstone. die schöne Schlangen- bändigerin.

Wedding-Park
Müllerstrasse 178.
In dem 3000 Personen fassenden Garten mit schönen Zanden
Jeden Donnerstag:
Kinder- u. Familien-Fest.
Entrée 10 Pf., wofür jedes Kind ein Geschenk erhält. Die Kaffeeische ist täglich geöffnet. 7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen. **Franz. Billard.** Belustigungen aller Art. **Wilhelm Trapp.**

Ostbahn-Park,
Am Küstriner Platz.
Größtes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neuerrbauten prachvollen Festsälen.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entrée: Wochent. 20 Pf. Kind. 10 Pf.

W. Noack's Theater
Krausen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten- Vorstellung.
Handel und Wandel.
Charakterbild in Gesang u. Akt. Anno. Neu! Neu!
Junge oder Mädchen.
Aufführung-Burleske mit Gesang und Tanz von Carlos Duchon. Musik von Wal. Am Saale: **Grosser Ball.**

Treptow Restaurant
Wilh. Jacob.
Jeden Donnerstag:
Großes Kinderfest
und **Frei-Konzert.**
8 Kegelbahnen. Kaffeeische.

Wasserschnecken! ? 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Bahn- Rüstung von **F. Steffens,** Rosenhaldenstr. 61, die besondere Auf- merksamkeit aller Bahnliebenden?
Wasserschnecken! ! 5% Rabatt!
Beil. Sie auch weniger Benutzten kauft. Sähe auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einlegt. **Spezialität:** Behandlung angli- cher und europäi- scher Verlesent. 60652

Betten, Stieppeden, Gardinen, Kissen, Kissen, Sommerpötte, Remontiermaschinen, Regulator, Reife- Pulver, Gesundheitsmittel, z. Turn, Massage, Prallt, Jan. Gummi- Frauenbinden u. dergl. Artikel.
Berl. Kranken-Möbel-Fabrik
Gertraudenstr. 8-9 (am Spitzmarkt) **Krankenträger, auch zur Wieche, Fibels, Kofets, Schül- Pulver, Gesundheitsmit- tel, Turn, Massage, Prallt, Jan. Gummi- Frauenbinden u. dergl. Artikel.**

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialist f. **Haut-, Gahr-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8. **Große Hamburgerstr. 20, 1.**
Haut- und Harnleiden
heilt gründl. **Homöop. Haedecke,** Rosenhaldenstr. 23. 9-11, 3-5.

Betten, Stieppeden, Julette Bettfedern, Matratzen, Bettdecken, Bettvorleger, Bettwäsche, Bettmöbel, Bettwaren, Bettzubehör.
Billig! Knabenanzüge! Billig!
Wachanzüge, Knabenanzüge preisw. **O. Hoffmann, Peterstr. 14.**

Möbel
verleihen gewasene und neue, haunend billig. **Theilzahlung** gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 49952
Neue Königstrasse 59
und **Greifswaldstrasse 15.**
„Vorwärts“
eine milde und sehr preiswerthe Zigarette, Sumatra mit feinst. Brasil. à 4 Mk. ab hier, beliebt bei jeder- mann, empfiehlt gegen Raucher- H. Reichel, Altona-Westfalun.

Schwiegermutterlifer grobart. **W. A. Geisler,** Peterstr. 4. 55052
Wandelmöbel perf. sportbill. Rosen- haldenstr. 67 II. 42536
Gastömer Sparysystem 2 1/2. Zwei- fach, 100 G. Dreifach 150 G. **Wohauer** 407062
26/27, Wallnertheaterstr. Nr. 26/27, **Fahrräder.**
In der Fabrik, unter Garantie zu löst. **Theilzahlung** bei mögl. Anzahlung direkt in d. Fabrik **Tiefenbacher, 33.**

Gasmotor,
Zylinderkräftig, fast neu, vorzüglich. **Oranienburgerstr. 11.**
Grüntram - Weichst mit Dreh- volle billig zu verkaufen. **Rath. Garte- nersburg, Schillerstr. 26.** 42558

Statt jeder besonderen Meldung. Nach kurzem Beiden verchied an 28. d. M., mittags 11 1/2 Uhr, meine innigst geliebte Gattin, unsere liebe, gute Mutter und Schwester (42588)
Henriette Bittcher
geb. Wagner.
Dieses zeigen allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme (Schmerz- erfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 4 Uhr von der Reichshalle des Dantes- Kirchhofes aus statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbe- kasse d. deutschen Wagenbauer.
Beirat VII.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Karl Quasenberg
am 27. d. M. verstorben ist. Die Be- erdigung findet Freitag, den 1. Juli cr., nachmittags 5 Uhr, von der Reichshalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Die Cräberverwaltung.

Todes-Anzeige!
Am Montag Nachmittag 5 Uhr ver- schied unser alter, treuer Kollege, der Dokumentar
Karl Spindler.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Don- nerstag, den 30. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Reichshalle des Emmaus- Kirchhofes (Ort) aus statt.
Die Kollegen u. Kolleginnen d. Firma **G. L. Bradersocke.**

„Gesangverein.“
Sangeslustige Damen und Herren können am Gesangverein noch theil- nehmen; jeden Freitag Abend nach 9 Uhr (nach der Stunde) fideleit. **Große Frankfurterstr. 74** bei Scholz, zum Gartenlokal. 42516

Geschäfts-Verlegung.
Hiermit zur Nachricht, daß ich meine **Glaserel, Spiegel- und Bildereinarbeitung** vom 2. Juli d. J. ab nicht mehr Wangelstr. 27, sondern vis-à-vis
Wrangeistr. 110
befindet. - Zur Ausrüstung aller in mein Fach einschlagenden Kräfte hält ich mich nach wie vor beständ. empfohlen.
Carl Scholz.

Gühnerjutter, Taubenfutter, per **Centner 4-5 Mk.** offerirt **Gebrüder- weider** **Ellenbethstr. 28.** 55012
Charlottenburg, Chaussee 20 bei Vogel, haben u. Wahn, bisher Ri- garrengasse, p. 1. 10. 2. v. 42476
Geleitetes Mädchen mit Bett findet auch freundl. Schlaf- u. Stigmans. **Pappel-Allee 18 d. IV.** 42515
Wöhl, Schaffl, J. D., sep. Gng. Preis 7 Mk. Fürbringstr. 15 Hof 3 Tr. bei Gräns. 42626
Wöhl, Schaffl, Reichensbergerstr. 51a 1 Tr. rechts. 42649
Wöhl, Schaffl, J. D., Mantelstr. 51 p. 1 Tr. r. 42006
Wöhl, Schaffl, sep., Sebastian- **straße 66 3 Tr. r.** 42455
Wöhl, Schaffl, Dresdenstr. 45 4 Tr. l. 42456
Wöhl, Schaffl, J. D., sep. Gng. **Oranien-Platz, Raunstr. 45** bei Schulz. 42586
Schaffl, J. D., sep., Krausenstr. 22 p. r. III. 42549
Schaffl, J. D., sep., Krausenstr. 22 p. r. III. 42549
Schaffl, J. D., sep., Krausenstr. 22 p. r. III. 42549
Schaffl, J. D., sep., Krausenstr. 22 p. r. III. 42549